

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1.20 RM im Vierteljahr. — Verlag: Schriftleitung u. Verlagsstelle: Charlottenburg 1, Pragerstr. 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 u. 5647

Nummer 2

Berlin, den 10. Januar 1931

6. Jahrgang

Rettet die Wirtschaft vor den Kapitalisten!

Mit kühnen, falschen Behauptungen begründen das maßgebende Unternehmertum und die Brüning-Regierung ihre folgenschweren Wirtschaftspolitik. Man sagt: Der deutschen Wirtschaft ermangelt ausreichendes Kapital; zur Kapitalbildung ist der Abbau der Löhne, Gehälter und Sozialleistungen der gesündeste Weg! — Weiter lehrt diese kapitalistische These: Marxistische Politik hat diesen Teil der Verteilungskosten übermäßig hoch getrieben. Daher der Krise furchtbare Wucht! Darum: Ans Kreuz mit den Gewerkschaften!

Man kennt die Weise, kennt den Teufel und — hört nun schon manchen Jammer, der von den Klattensängermetriern sich hätte betören lassen. Bis tief in kapitalistische Kreise hinein geminnt die Ueberzeugung Vorherrschend, daß Krisen doch zum Wesensbestandteil der kapitalistischen Wirtschaft gehören und die Schwere der derzeitigen Krise in Deutschland erheblich durch Fehler der „Wirtschaftsführer“ mitverantwortlich ist. Gerade jene Kreise, die sich als berufene Vertreter aller Dinge aufspielen, lieben, haben durch bewußte, politischen Motiven entnommene Maßnahmen die wirtschaftliche Depression in Deutschland weit über das in den weltwirtschaftlichen Verhältnissen bedingte Maß hinausgetrieben. Mit Befremden, die solche Konsequenzen einschließen, sind schon verschiedene anerkannte Sachkenner an die Öffentlichkeit getreten. So kürzlich Professor Wonn, der Präsident der Oesterreichischen Notenbank, Reich, und andere bekräftigten, daß nicht Geldmangel der Weltwirtschaft außergewöhnliche Zerrüttung Ursache sei, und nicht Kapitalmangel das Ausmaß der Krise in Deutschland verurteile. Die Verursachung auf angeblichen Kapitalmangel entspringt entweder einem blamablen Irrtum, oder sie gehört zu den politischen Zwedmitteln, mit denen der deutschen Wirtschaft von der Seite der kapitalistischen Schwergewichtler Vorbedeutung, Granaten und Giftbomben verfehrt worden sind. Krümmer, Lote, Verwundete und Hungernde zeichnen das Schlachtfeld.

Da ist zunächst die Kreditperre, mit Herrn Schacht als Maschinist des Schwertkapitals am Sperrgatter. Was steht hinter dieser Aktion? Das Kapital wollte durch organisierte Finanzschwermächte die Regierung in die Knie zwingen, für seine Forderungen gefällig machen, und die ihm schmachhaft erscheinenden öffentlichen Betriebe billig erkaufen. Die Abschirmung vom Anleihemarkt sollte sie an den Bankrott herantreiben, vor dem das Privatkapital sie durch Uebernahme — ohne große Kosten „rettete“. Diese Praxis blieb ja auch nicht erfolglos. Öffentliche Körperschaften, als Eigner wirtschaftlicher Unternehmen, wurden in finanzielle Bedrängnis gebracht, zu Tarifserhöhungen und Nationalisierungen gezwungen. Dann folgten gute Freunde dafür, daß nicht etwa die Herren Schieber im Hintergrund, sondern „marxistische“ Korruption und Unfähigkeit der öffentlichen Verwaltung als Verantwortliche angeprangert wurden. Die Anleiheperre hielt naturgemäß den Rinsfuß für erreichbares Leihgeld auf Scheitelhöhe, drohte zahlreiche Unternehmen, besonders die Baugewerbe wurden so ein Hauptfaktor der rapide anwachsenden Arbeitslosigkeit. Der toten Hand war die Vereinnahmung von Auslandsanleihen kaum beschränkt. Der Schwerindustrie stand es als Anleihe oder Beteiligung so reichlich zur Verfügung, daß man Milliarden wieder ins Ausland abstoßen konnte. Dabei verstanden es Schwerindustrie, Großhandels-, Schiffahrt und Banken, durch tiefe Griffe in die Reichsfinanzen, in den letzten Jahren Milliarden von öffentlichen Geldern in ihre Kassen abströmen zu lassen.

Diesen Befähigungsnachweisen genialer Wirtschaftsführung stehen andere würdig an der Seite. Man rationalisierte, schuf einen neuen erweiterten Produktionsapparat, ließ ihn zu einem erheblichen Teil brach liegen und — bezimierte die Belegschaften. Nach Reichstellungen des Enquete-Ausschusses, zeugen nun 30 bis 50 Proz. des betriebslosen Produktionsapparates, circa 4.000.000 Arbeitslose von Glanzleistungen übertragender Wirtschaftsführung. Millionen, einschließlich Reichsgeldes, die für Sozialleistungen fehlen und damit im Kreislauf: Verbrauch—Produktion, sind für unproduktive Anlagen verpulvert worden, die aber dauernd als Zinsenschlucker die verfeinerte Produktion belasten. Zu diesem Mißstand die Tatsache, daß die Bankrotter für die Reklamationen auch mitverantwortlich, der deutschen Wirtschaft durch Steigerung der Zinsspanne um über 100 Proz. gegenüber der Vorkriegszeit das Leben sauer machten und zahlreiche Konkurse, Betriebsstilllegungen und Massenentlassungen erzwangen.

Die „Wirtschaftsführer“ beurteilen die Verhältnisse aus der Krämerverspektive vom Vorkriegstypus aus: Kleiner Umsatz, hohe Preise, großer Nutzen! Rund um Deutschland weichen die Kreise für Rohstoffe, nachfolgend die für Fertigerzeugnisse in großen Sprüngen. Unsere Wirtschaftsgeneräle halten die Preise auf stolzer Höhe. Stabeisen a B kostete im November 1930: in Deutschland 137 RM, in Frankreich 82 RM, in Belgien 78 RM. Am Weltmarkt wurde deutsches Stabeisen gleiches, mit 75 RM angeboten. Nach dem Enquetebericht lag der Preis für Stabeisen in Deutschland 1918 um 5,61 RM unter dem Satz in Antwerpen, im September 1930 dagegen um 51 RM höher. Das ist die größte erreichte Preissteigerung — zum Nachteil der gesamten deutschen Verarbeitungsindustrie; sie erlaubt die Preiselstärkung; Antieigen der Preissteigerung und Krisenverschärfung! Handelsminister Lohmann in den Ver. Staaten berichtet, daß im Lande der Dollarfüchsen überhaupt fast keine Lohnsenkungen vorgenommen worden seien, obwohl hier die Zahl der Arbeitslosen circa 8 Millionen beträgt und die Preise erheblich gesunken sind. Die Wirtschaftsmetier in Deutschland sind nicht so rückwärtig, in Erhaltung der Konjunktur des Großteils der Bevölkerung einen Aufstieg aus der Krise wirksam werden zu lassen. Sie präferieren eine andere Methode. Ihr gilt die Kaufkraft der Masse als neben-

sächlicher Faktor. Von ihrer überhöhen Worte aus wird das Auf und Ab der Konjunktur von der Kaufkraft der Produzenten bestimmt. Professor Dr. Julius Wolf, formuliert die These in der „Germania“ (Nr. 595, v. 23. 12. 30) also:

„Die kapitalistische Wirtschaftsordnung, die zunächst die Krise auslöst, indem sie die Produzenten infolge „ungerechtfertigter“ harten Sinkens der Preise ihrer Produkte launfräftig, ihre Betriebe unrentabel macht, wodurch dann auch die Produzenten der Gegenseite, bei der sie sonst gekauft hätten, launfräftig werden, läßt die Kaufkraft bei allgemeinem Sinken der Preise allmählich wieder zur vollen Höhe emporklimmen...“

Die „Germania“ ist das Zentralorgan der führenden Regierungspartei Zentrum. Die Krümmer der Sozialreaktion begannen mit dem Abbau der Löhne, mit Konsumschwächung. Die Regierung als Geschäftsführer des Kapitals fuhr zur Durchführung des schwerindustriellen Programms das Schwergewicht des Diktaturparagrafen auf, zerschmetterte Lohn- und Gehaltsstarke, benutzte das Schlichtungswesen als Automat von Lohnsenkungen, kürzte die Sozialleistungen, verbot den Abbau der Lebenshaltungskosten und treibt mit erhöhten Zöllen und Verbrauchsabgaben die Preise wichtiger Lebensmittel in die Höhe.

Als Wirkung der Krisen- und Marxismusbekämpfung durch die „Wirtschaftsführer“ und Regierung, im Trost des Bürgerium und die Nazis, erlebten wir gesteigerte Kapitalflucht, neues aufsteigendes Reichsdefizit, weiteres Stilllegen

Reichsarbeitsminister verschlechtert die Notverordnung.

Durch die Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930 (2. W.D.), ist den §§ 63, Abs. 1, G.W., 133c, Abs. 2, G.D. und 616 G.W. folgende Vorschrift angefügt worden: Der Anspruch kann nicht durch Vertrag ausgeschlossen oder beschränkt werden.

Die Notwendigkeit der Ergänzung dieser Paragraphen ergab sich aus der Aenderung des § 189, Abs. 1, W.D. in Verbindung mit der Tatsache, daß diese Bestimmungen nach der bisherigen herrschenden Rechtsprechung und Ansicht der Rechtswissenschaft durch Tarifvertrag, Arbeitsordnung oder Einzelvertrag beschränkt oder auch völlig ausgeschlossen werden konnten.

Die Aenderung des § 189, Abs. 1, W.D. bestimmt u. a., daß der Anspruch auf Krankengeld so lange ruht, als der Versicherte während der Krankheit Arbeitsentgelt erhält. Wäre nun die Ergänzung der drei Paragraphen nicht erfolgt, dann wäre es ohne weiteres möglich, die Erleichterungen, die diese Aenderung des § 189, Abs. 1, W.D. den Krankentassen bringen soll, illusorisch zu machen. Daher also machte die 2. W.D. die §§ 63, Abs. 1, G.W., 133c, Abs. 2, G.D. und 616 G.W. zu zwingendem Recht.

Diese Tatsache stellen wir gleich nach Veröffentlichung der 2. W.D. im „Proletarier“ und „Keramischen Bund“ Nr. 51, Seite 427 bzw. 421, fest und schlußfolgerten dann weiter, daß nunmehr alle tariflichen und sonstigen Bestimmungen, die den Gehalts- oder Lohnanspruch in den Fällen, die die oben genannten Paragraphen vorsehen, beschränken oder gar völlig beseitigen, gegen ein gesetzliches Verbot verstößen (§ 134 G.W.) und daher rechtswidrig sind.

Da diese Aenderungen der reichsgesetzlichen Vorschriften über Krankenfürsorge neben der Erleichterung für die Krankentassen zweifellos auch eine Verbesserung für die Arbeitnehmerschaft bedeuten, hat letztere alle Ursache, genau darauf zu achten, daß ihr diese nicht etwa durch spitzfindige Auslegungskünste streitig gemacht werden.

Den ersten Versuch hierzu unternahm der Reichsarbeitsminister (Vertreter christlicher Gewerkschaften) in seinem Rundschreiben vom 9. 12. 1930, Nr. 12 000/30. Hier bestimmt der Reichsarbeitsminister, daß die neue Vorschrift der 2. W.D. alle diejenigen Tarifverträge, Einzelverträge und Arbeitsordnungen nicht berührt, die vor dem 3. Dezember 1930 entstanden sind.

Wollte man dem Reichsarbeitsminister das Recht zugestehen, gesetzliche Bestimmungen durch Anordnungen nicht geltend zu machen, dann bedeutet das Rundschreiben nicht mehr und nicht weniger, als die teilweise Beseitigung des Kap. II Art. 8 der 2. W.D. Bekanntlich werden die erwähnten Paragraphen in der Regel durch Manteltarifverträge bzw. Arbeitsordnungen beschränkt oder ausgeschlossen.

Da die meisten Manteltarifverträge in absehbarer Zeit aber noch nicht ablaufen bzw. die Parteien die Möglichkeit haben, diese vor dem 3. Dezember 1930 zustandekommenden Verträge bis ultimo zu verlängern, könnte nach dem Rundschreiben des Reichsarbeitsministers die Verbesserung, die der Art. 8 der 2. W.D. bringt, überhaupt nicht oder nur ganz selten wirksam werden.

Das bedeutet aber auch weiter eine Schädigung aller Arbeitnehmer, die einem solchen Tarifvertrag unterliegen.

Ein noch stärkeres Stief hat sich der Reichsminister des Innern, Dr. Wirth, geleistet. Durch eine im Reichsgesetzblatt 1930, S. 1 608, veröffentlichte Verächtigung zur Notverordnung hat der Reichsinnenminister neben verschiedenen Druckfehlerkorrekturen auch die Aenderung des § 616 G.W. neu formuliert, und zwar dahingehend, daß sich die Unabdingbarkeit des Entgeltanspruchs nur auf die dem G.W. unterliegenden Angestellten — also nicht auf die Arbeiter bezieht.

Auch hier handelt es sich geradezu um eine Entrechtung der Handarbeiter.

von Betrieben und ein Hinabsinken der Arbeitslosenzahl, seit Juli d. J. um über 30 Proz. Was nun weiter? Die Dinge haben ihre eigene Logik. Die Balge der Lohnquetschung rollt. Keine Produzentengruppe will dabei zurückbleiben. Die Kaufkraft für Massenverbrauch wird weiter eingeschnürt, der Hochstand der Arbeitslosigkeit stabilisiert.

Von der Seite des Kapitals her ist keine freiwillige Abkehr von dem verderblichen Kurs zu erwarten. Sie kann nur von der Arbeiterschaft erzwungen werden. Sie muß bestimmt in die Verhältnisse eingreifen. Bricht sich solche Erkenntnis nun auch in den Kreisen der Gleichgültigen, Verärgerten und durch Nazidemagogie Verführten Bahn, dann kann das Steuer noch in letzter Stunde herumgeworfen werden.

In Amerika, dem Lande ausschweifenden Plutokratismus, gewinnt die Ueberzeugung Einfluß, daß ohne Sozialversicherung das kapitalistische System nicht zu halten sei. In Deutschland müssen die „Wirtschaftsführer“ erst noch wieder gezwungen werden, wirtschaftspolitische Gesichtspunkte gelten zu lassen, die von den Gewerkschaften vertreten werden.

Das Großkapital wollte den Staat zu seinem bedingungslosen Exekutor machen, die deutsche Arbeiterschaft zu willenlosen Geloten. Ihr Lebensinteresse gebietet, dem kapitalistischen Wollen den proletarischen Kampfwillen lauffroh entgegen zu stellen. Die Dinge haben sich soweit entwickelt, daß man der Arbeiterschaft zuzurufen kann:

Rettet die Wirtschaft vor den Kapitalisten!

Wir wissen nicht, ob und inwieweit die Arbeitgeber, für die das Rundschreiben des Reichsarbeitsministers und die Verächtigung des Reichsministers des Innern zweifellos einen finanziellen Vorteil bringen, als Triebfeder in Betracht kommen. Auf alle Fälle sind wir aber der Meinung, daß beide Reichsminister nicht das Recht haben, diesen Teil der zweiten Notverordnung durch Rundschreiben oder Verächtigungen außer Kraft zu setzen oder ihnen eine solche für die Arbeiter ungünstige Auslegung zu geben.

Von dieser Rechtsauffassung kann uns auch die Begründung, die der Reichsarbeitsminister seinem Angriff auf die Rechte der Arbeitnehmerschaft gibt, nicht abbringen. Der zwingende Charakter, den die Notverordnung dem § 616 G.W. gibt, ist so klar zum Ausdruck gebracht, daß es nicht möglich ist, ihm zu entnehmen, daß er sich nur auf Krankheitsfälle bezieht und nur für die Angestellten Anwendung findet. In der Notverordnung wird aber auch mit keinem Wort gesagt, daß die Aenderungen für einen Teil der Reichsangehörigen erst von einem späteren Tage an in Kraft treten.

Auf Grund dieser Feststellung sind alle Bestimmungen der Tarifverträge, Arbeitsordnungen und Einzelarbeitsverträge, soweit sie die genannten Paragraphen beschränken oder ausschließen oder sie sogar für einen Teil der Arbeitnehmer nicht gelten lassen wollen, rechtswidrig, ganz gleich, wann sie entstanden sind. Dasselbe ist auch der Verächtigung des Reichsministers des Innern entgegenzusetzen.

Unsere Kollegenschaft eruchen wir daher, sofort Klage anzufordern, wenn ihr im Falle des § 616 G.W. vom Arbeitgeber unter Bezugnahme auf das Rundschreiben bzw. die Druckfehlerberichtigung der Lohn nicht gezahlt wird.

Nach § 616 G.W. ist den Arbeitnehmern der Lohn weiter zu zahlen, wenn sie durch einen in ihrer Person liegenden Grund für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit an der Dienstleistung verhindert sind.

Das gilt für alle Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellte) vom Inkrafttreten der zweiten Notverordnung ab.
Jos. M. Lewczek, Hannover.

Nationalsozialistische Gewerkschaftszerstörer.

Die Verzeiwungsstimmung im deutschen Volk, die entstanden ist aus den freibenhaften Zuständen der deutschen Wirtschaft, hat aus der Bedeutungslosigkeit der Dillier-Bewegung einen politischen Machtfaktor gemacht. Die Gewerkschaften konnten über diese Tatsache zur Tagesordnung übergehen, wenn die Nationalsozialisten es nicht als ihre Aufgabe betrachteten würden, die wirtschaftlichen Verfallsorgane der Arbeiter zu zerlegen. Die Führer der Nationalsozialisten wissen, daß die Gewerkschaften einen Machtfaktor darstellen, mit dem jede politische Partei in Deutschland rechnen muß. Der Zusammenbruch des Kampfabenteuers war die Tat des geschlossenen Auftretens der freien Gewerkschaften. Die Nationalsozialisten verfolgen die Taktik des Anschüßens, und man muß die Feststellung machen, daß sie ähnlich wie die kommunistischen Organisationsstrategen hierbei zu Werke gehen. Der „Völkische Beobachter“, das Leitorgan Hitlers, schimpft im kommunistischen Jargon auf die „Gewerkschaftszugänge“, und redet gleichzeitig den nationalsozialistischen Säuglingen zu, die Gewerkschaften zu zerlegen. Man muß die kapitalistischen Gesichter zufrieden stellen, und das kann man zweifellos am besten durch die Schwächung der Gewerkschaften.

Hitler selbst gesteht es ganz offen, daß sein Ziel die Zerstückelung der Gewerkschaften ist. In seinem Buch „Mein Kampf“ schreibt er: „Es gab also nur zwei andere Möglichkeiten: Entweder den eigenen Parteigenossen zu empfehlen, aus den Gewerkschaften herauszugehen, oder in den bisherigen zu

bleiben, was dort möglich bestritten zu werden. — Ich habe im allgemeinen diesen letzten Weg empfohlen. — Besonders im Jahre 1929/30 konnte man dies ohne weiteres tun, denn der finanzielle Nutzen, den während der Inflationszeit die Gewerkschaften von den Inflationen der Jugend unter Bewegung doch noch nicht zahlreichem Mitglieder aus ihren Reihen einbrachten, war gleich null. Der Schaden für sie aber war ein sehr großer, denn die nationalsozialistischen Anhänger waren ihre schärfsten Kritiker und dadurch ihre inneren Zerleger. Noch deutlicher ist der Nationalsozialist Gold, der folgendes schreibt: „Wir Nationalsozialisten zerlegen auch die Organisationen der Arbeiterschaft. Wir zerlegen auch die Gewerkschaften. Darum müßt ihr (Unternehmer) uns das Recht geben, in unserer Agitation uns dem Geist der Arbeiterschaft anzupassen. Wenn wir von der Verstaatlichung des Grund und Bodens reden, so meinen wir das nicht so. Wenn wir gegen das Kapital reden, so brauchen wir dieses Propagandamittel, um die Leute an uns heranzuziehen.“

Diese Vorgehen kennzeichnen den nationalsozialistischen Schwindler. Im Abschnitt 17 des nationalsozialistischen Programms heißt es nämlich, die Nationalsozialisten fordern die Enteignung des Grund und Bodens. Da an diesem Punkte die Geldgeber der Nationalsozialisten, die sich im Unternehmerlager und hauptsächlich unter den Großagariern befinden, Anstoß nehmen, hat Hitler jetzt eine „Auslegung“ dazu geschrieben, in der es heißt, daß damit nur der „unrechtmäßig“ erworbene Grund und Boden gemeint ist. Hiergegen wird jetzt von der „revolutionären“ Richtung Sitaker, der dieser Schwindler zu stumpf ist, eingewendet, daß man bei den meisten großen Gutbesitzern sehr im Zweifel sein könnte, ob sie ihren Grund und Boden recht- und unrechtmäßig erworben haben. Die Wunden, die die Leibeigenschaft in Deutschland geschlagen hat, sind heute noch nicht ganz vernarbt.

Der Gewerkschaftler muß sich über die Zusammensetzung der nationalsozialistischen Bewegung ein klares Bild machen. Er konnte sie solange links liegen lassen, wie sie sich darauf beschränkte, in der Politik eine Rolle zu spielen. Aber jetzt, wo sie nach dem „Völkischen Beobachter“ es auch als ihre Aufgabe betrachtet, die „wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter aus ihrer marxistischen Einstellung zu befreien“, muß er sich zur Abwehr rufen. Diese „Befreiung“ bedeutet nichts anderes als Betrümmung der Gewerkschaften. Das Wort „Marxismus“, das kaum einer der Nationalsozialisten richtig deuten kann, soll dazu herhalten, die gewerkschaftlichen Organisationen zu zerlegen, die wirtschaftliche Vertretung der Arbeiter zu vernichten. Man glaubt, daß es dann leichter sei, mit der sozialistischen Bewegung fertig zu werden.

Die Hitler-Bewegung nennt sich „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“. Diesen Titel hat Hitler gewählt, um Arbeiter für seine Bewegung einzufangen. Hitler und seine Anhänger bekämpfen alle sozialistischen Tendenzen, sie nennen sich aber „Sozialist“ und „Genosse“. Die Bewegung nennt sich auch „Arbeiterpartei“, trotzdem sind nach eigenem nationalsozialistischem Verständnis nur etwa 15 bis 20 Prozent der Mitglieder und Nachläufer Arbeiter im engeren Sinne. Um dieses allzu deutliche Mißverhältnis zu vertuschen, werden auch die kleinen Händler und Bauern als Arbeiter gerechnet. Die nationalsozialistischen Agitatoren, die zumeist den Dokortitel tragen oder pensionisierende ehemalige Offiziere sind, zählen sich auch zu den Arbeitern. „Wir sind alle Arbeiter“ ...

Während also die Arbeiter in dieser „Arbeiterpartei“ nur schwach vertreten sind, ist die bürgerliche Mittelschicht um so stärker vorhanden. Abgewirksamte Exzellenzen, ehemalige Offiziere, die in der Republik keine Möglichkeit mehr zum Neutreiben hatten, studierte Söhne des Mittelstandes, die früher ein Unterkommen finden, kleine, mit den hohen Steuern unzufriedene Händler und selbständige Handwerker, Bauern und Bauernsöhne, denen der Preis für ihre Agrarzeugnisse nicht hoch genug ist und deshalb auf das „System“ schimpfen und endlich die politischen Hochstapler, Salonlöhner, Verräter und Schwindler großen Stils, die sich jeder neugegründeten Partei anschließen, weil sie in den alten Parteien bereits bekannt und erkannt sind, bilden den Stamm der Nazi-Partei. Dazu kommen noch Unternehmer und Gutbesitzer und, im

Gegensatz zu dem jungen männlichen Element der Hitler-Bewegung, merkwürdigerweise viele ältere Mädchen, die mit Hitler die Welt „stillsch erneuern“ wollen. Es sei erwähnt, daß der Nationalsozialist Haber erklärt hat, bis Frau soll wieder „Magd und Dienerrin“ sein.

Auch der Sozialismus hat Hitler inzwischen abgeschrieben. Solange seine Partei klein war, wurde in der nationalsozialistischen Bewegung viel von „Sozialismus“, so wie sie ihn verstanden, geredet. Jetzt hat Hitler in einer ameisilindigen Rede in Berlin erklärt: „Der Nationalsozialismus ist nicht etwa eine sozialistische Idee mit nationaler Vorzeichen, sondern bedeutet Aufrechterhaltung einer deutschen Herrenmoral, die weber proletarisch noch bürgerlich ist.“ Und im „Völkischen Beobachter“ schreibt Hitler: „Diese Unterstellung ist genau so lächerlich, wie die andere Bille, wir wollten das Privatigentum abschaffen ... Deshalb ist dieses ganze Geschrei vom „taub-lustigen Antikapitalismus“ der Nationalsozialisten mit dem man den guten Bürgern Angst machen will, eine grobe Verführung ... Die Entthronung der Ausbeuter, die wir Schritt um Schritt in Angriff nehmen werden, ist in Wahrheit keine Aufgabe gegen das Kapital, sondern die Vorbereitung für die Rückkehr zu einer gesunden Privatwirtschaft.“ Und der „Völkische Beobachter“ schreibt in der „Berliner Börsenzeitung“: „Die Nationalsozialisten wenden das Wort Sozialismus auf einen ethischen Begriff an und werden daher von der Allgemeinheit der Arbeiterschaft für eine Art von Verrätern angesehen.“ Nach diesen Vorgehen muß man, daß die Nationalsozialisten mit dem der Arbeiterschaft heiligen Wort nur Betrug treiben. Die Führer der Nazis wissen, welche Bedeutung die sozialistische Idee in der freien Gewerkschaftsbewegung hat, deshalb haben sie auch nichts dagegen, wenn ihre Anhänger in den Gewerkschaften als „Sozialisten“ wirken. Man muß diesen Verrätern, die Straßer, ein Führer der Nazis, als „Lumpen und Verräter“ bezeichnet hat, die Maske vom Gesicht reißen. Hitler denkt nicht daran, den Sozialismus einzuführen, er dient ihm nur als Mittel, die sozialistische Bewegung im Sinne seiner kapitalistischen Geldgeber zu zerlegen.

Dann steht nach vielen einseitigen Neuankünften fest, daß die Hitler-Bewegung von dem Unternehmertum finanziert wird. Sie wollen diese Tatsache durch das wüste Geschrei verunkeln, daß sie behaupten, die Sozialdemokratie bekomme von reichen Juden Geld. Im „Deutschen Tageblatt“ schreibt der ehemalige Hitler-Anhänger von Ramin, daß Hitler „von einem bekannten Berliner Politiker nicht nur Geld bekommen, sondern sich in dessen Büro auch Instruktionen geholt“ habe. Als Geldgeber und Instruktionerteiler wird Herr von Vorsta genannt. Ferner ist bekannt, daß der jüdische Industrielle Müschmann der Nationalsozialistischen Partei allein im Jahre 1929 rund 70 000 RM gegeben hat. Der bekannte Schatzmacher Kirdorf gehört ebenfalls zu den Geldgebern.

Diese Tatsachen genügen, die Hitler-Bewegung zu charakterisieren. Von den Unternehmern ausgehend, ist sie dazu bestimmt, die Arbeiterbewegung zu zerlegen. Aber den Unternehmern genügt es nicht, daß die Nazis in den Parlamenten das Maul aufreißen und im Lande Verwirrungen hervorrufen. Sie wollen andere Taten sehen. Die Nazis sollen vor allem die Gewerkschaften unterhöheln, sie sollen die wirtschaftliche Macht der Arbeiter vernichten. So wollen es die Geld- und Instruktionerteiler der Nationalsozialisten. Weil die Nationalsozialisten bisher auf diesem Gebiete noch nichts geleistet haben, deshalb sind ihre Auftragserteiler unzufrieden mit ihnen. Die Unternehmer fürchten nichts so sehr wie eine machtvolle, geschlossene Gewerkschaftsbewegung, sie können eher eine grobe gegnerische Partei ertragen. Der organisierte Arbeiter kann hier nicht mehr stillschweigend zusehen. Wer im Sinne Hitlers an der Zerstörung der Gewerkschaften arbeitet, dem muß deutlich die Wahrheit gesagt werden. Die Hitler-Bewegung ist eine Unternehmerrunde, sie soll die kapitalistische Profitwirtschaft vor dem Untergang retten. Aber auch außerdem muß der organisierte Arbeiter wirken. Man muß offen und verständlich mit den Hitler-Deuten sprechen. Der Arbeiter, der Hitler nachläuft, wird mißbraucht zu dunklen politischen Geschäften. Er schenkt sein Vertrauen politischen Hochstaplern. Darum fort mit dem Hitler-Geist! Hoch die freie sozialistische Gewerkschaftsbewegung!

aussteht oder die Arbeitslosenunterstützung oder Renten aus der reichsgesetzlichen Sozialversicherung oder eine Zulage nach § 88 des Reichsversicherungsgesetzes empfangen; ferner sollen auch die Empfänger einer Pensionunterstützung selbst dann befreit sein, wenn die Dauer der Unterstüzung noch nicht den Zeitraum von einem Monat erreicht hat. Von der Bürgersteuer 1930 sind hiernach insbesondere auch die Kleinrentner, die Sozialrentner sowie die Schwerkrankenbeschädigten befreit. Für die Sozialrentner gilt die Befreiung nur wenn ihr gesamtes Jahreseinkommen 900 RM nicht übersteigt. Bei den Empfängern einer Zulage nach § 88 des Reichsversicherungsgesetzes tritt die Befreiung nicht nur dann ein, wenn sie die volle Zulage empfangen, sondern auch dann, wenn die Zulage nur zum Teil gewährt wird. Die Höhe der Bürgersteuer wird von den Landesregierungen bestimmt, jedoch müssen diese Landesbeschlüsse gemäß § 8 der Rechtsverordnung betragen: für Personen mit Jahreseinkommen von nicht

4 500 RM	mindestens 6 RM
bei mehr als	
4 500 bis 6 000 RM	8 RM
6 000 bis 8 000 RM	12 RM
8 000 bis 12 000 RM	18 RM
12 000 bis 16 000 RM	24 RM
16 000 bis 20 000 RM	30 RM
20 000 bis 25 000 RM	50 RM
25 000 bis 50 000 RM	75 RM
50 000 bis 75 000 RM	150 RM
75 000 bis 100 000 RM	300 RM
100 000 bis 250 000 RM	500 RM
250 000 bis 500 000 RM	1 000 RM
mehr als 500 000 RM	2 000 RM

Der Landesrat ermäßigt sich für einkommensteuerfreie Personen auf die Hälfte des Mindestsatzes. Verheiratete zahlen das 1/2fache des Landesatzes nach dem Gesamteinkommen, das beide Ehegatten haben.

An einen Anonymus in Klettwitz!

Deinen Brief vom 24. Dezember 1930 habe ich erhalten. Eigentlich tut es mir leid, daß ich den Raum des „Proletariats“ mit der von Dir angeschnittenen Sache beanspruchen muß, aber wenn ein so „mutiger Mann“, wie es der Schreiber eines anonymen Briefes ist, bezweifelt, daß ich den Mut aufbringen würde, zu antworten, dann muß ich ja wohl beweisen, daß das Gegenteil zutrifft.

Organisiert scheint Du nicht zu sein, mindestens nicht bei uns. Kennst Du doch nicht einmal den Namen unseres Verbandsorgans. Aber über die Verbandsleitung darfst Du ruhig schimpfen. Du brauchst ja nicht zu wissen, daß die Führung von Lohnkämpfen sich nach denselben statutorischen Bestimmungen, dem Streikreglement und den Verbandsratsbeschlüssen vollzieht, wie vor 30 und mehr Jahren! Eine kleine Minderheit von Mitgliedern hat aber nicht zu bestimmen, daß wir Kommunistenpolitik treiben sollen.

Beim russischen Gewerkschaftsbund wird nach folgendem Grundsatz verfahren: Um den Lohnkampf nicht in einen wilden Kampf ausarten zu lassen, müssen wir ihn unter Leitung der Gewerkschaften führen. Man muß auf Disziplin achten. Die Gewerkschaft ist verpflichtet, auf jede Störung des Produktionsprozesses schnell zu reagieren. (Wegenwirkung ausüben.) Sie muß bestrebt sein, jeden Konflikt durch Schiedspruch möglichst schnell zu erledigen, ohne es auf einen Streik ankommen zu lassen. Es herrscht Schlichtungszwang in Rußland.

Weste dem, der dagegen verfahren würde. Wenn wir in irgendeiner Situation den Mitgliedern sagen: „Ihr seid schadenhaftpflichtig, dann sagen wir ihnen nichts anderes als die Wahrheit.“

In dem Berliner Metallarbeiterstreik hatten wir nichts zu sagen und haben nichts dazu gesagt. Du darfst natürlich auch darüber und über den Gang der Wirtschaft ein Urteil abgeben. Es ähnelt dem, das ein Blinder über die Farbe abgibt.

Wir bewilligen den Direktoren ihre Gehälter nicht. In Verhandlungen und in den Aufsätzen der Gewerkschaftspresse ist auf den Abbau dieser Gehälter hinfänglich hingewiesen. Wenn wir den Abbau zu beschließen hätten, wäre er längst beschlossene Sache.

Von den angeführten Steuern hat der Gewerkschaftsbund einige gefordert. Die sozialdemokratische Fraktion hat diese auch beantragt. Für die von Dir angeführten Steuern hat neben den Sozialdemokraten und Kommunisten keine Partei im Reichstage gestimmt. Im Reichstage muß man eine Mehrheit für solche Steuern finden, sonst gelten sie nicht.

Nun machst Du eine Aufstellung über meine Einnahmen. So habe ich diese wirklich nicht gekannt. Was ich monatlich an Gehalt beziehe, das kann jedes Mitglied aus dem Protokoll des Verbandsrates vom Jahre 1928 erfahren.

Dieses Gehalt ist inzwischen wie alle Gehälter auf Antrag von Parteigenossen und Gewerkschaftlern aus Rücksicht auf die arbeitslosen Kollegen gekürzt worden.

Von diesem Gehalt (nicht von den Beiträgen der Mitglieder, wie Du behauptest) zahle ich 97,40 RM monatlich Sonderbeiträge und wöchentlich 4,20 RM ordentlichen Beitrag. Dann hast Du entdeckt, daß ich mieterfrei wohne. Das hat sich wirklich noch nicht bis zu uns herumgebrochen. Nur möchte ich wissen, wer Dir das verraten hat. Die Miete, die wir zahlen, ist Neumiete in beschlagnahmefreien Häusern. Sie genügt uns! Aktionär bin ich nicht. Das ist in jedem Falle der Verband auf Beschluß des Vorstandes. Ich bin stellvertretender Vorsitzender im Verband sozialer Handwerker. Da habe ich nie irgend eine Vergütung gewünscht noch bezogen.

Den Wunsch, Deinen Brief abzurufen, habe ich in Deinem Interesse unterlassen, aber ich habe Dir hiermit eine Antwort in der „Folienarbeiterzeitung“ gegeben.

Wenn Du nun die Maske lüftest und mir verraten willst, wer Dich so gut über meine Verhältnisse unterrichtet hat, ist es gut. Wenn nicht, ist mir's auch recht.

August Bräu

Der Sklavenstaat Sowjetrußland.

Das heutige Rußland wird für immer den traurigen Ruhm behalten, das industrielle Sklaventum am vollkommensten ausgeübt zu haben. Neben den vielen Skilänen und Bedrückungen, denen die Arbeiter und Bauern dortselbst ausgesetzt sind, ist eine neue Verfassung durch ein Dekret der obersten Sowjet-Behörde eingelegt worden. Zweck Erhöhung der Arbeitsleistung erließ das Arbeitskommissariat eine neue Verordnung, durch die strengste Disziplin in der Arbeitsleistung erreicht werden soll. Arbeiter, die die Disziplin in den Fabriken verleben, werden künftig fruchtlos und ohne Entschädigung entlassen und dürfen 6 Monate in keinem anderen Betrieb beschäftigt werden. Wenn die Verletzung der Disziplin in böser Absicht geschieht, werden die Arbeiter strafrechtlich zur Verantwortung gezogen. Falls ein Arbeiter die Betriebsleitung nicht rechtzeitig davon unterrichtet, daß ein durch ihn hergestelltes Erzeugnis untauglich ist, verliert er den Anspruch auf Lohnzahlung. Diese furchtbare Verordnung ergänzt die frühere, die einen freiwilligen Wechsel der Arbeitsstelle verbietet und wurde anachronisch erlassen, um die mögliche Verschärfung des Tempos der Erfüllung des Fünfjahresplanes durchzuführen. Und dies alles nennt sich Diktatur des Proletariats und soll anachronisch dem Aufbau des Sozialismus dienen. Für eine solche Art Sozialismus würden sich die deutschen und die übrigen europäischen Arbeiter beifens Gedanken.

Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

(S. G. B.) Nachdem der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes (I. G. B.) in seiner letzten Sitzung beschlossen hat, den jetzigen Untersekretär, Gen. Schweneß, ab 1. Januar 1931 zum Generalsekretär zu ernennen, ging er in seiner am 10. Dezember in Amsterdam abgehaltenen Tagung nach eingehenden Besprechungen zur Ernennung eines neuen Untersekretärs über. Die Wahl fiel auf den von der Gemeinsamen Tschechoslowakischen Landeszentrale vorgeschlagenen Gen. J. Stelz. Der neue Untersekretär, der aus den Kreisen der Angehörigenbewegung hervorgegangen ist und früher zeitweilig Beamter des tschechoslowakischen Ernährungsministeriums war, bekleidet in der Gewerkschaftsbewegung seines Landes u. a. den Posten des Sekretärs des Verbandes der Privatangestellten. Seit dem Jahre 1927 ist er im Sekretariat der gemeinsamen Landeszentrale als Redakteur der deutschen Zeitung „Gewerkschaftsblatt“ sowie zweier tschechischer Organe tätig. Gen. Stelz wird seine Stelle am 5. Januar 1931 antreten. Generalsekretär Schweneß wird den 3. G. B. am 1. Februar verlassen, jedoch auf Einladung des Vorstandes noch der im April in Madrid abzunehmenden Ausschusssitzung des I. G. B. beiwohnen.

In seinen weiteren Besprechungen stimmte der Vorstand den Anträgen der tschechischen und der finnischen Landeszentrale zu. Da der Anschlag des Anführers Finnlands unter dem Vorbehalt der Errichtung einer regulären Landeszentrale bereits genehmigt hat und es vor kurzem zur Bildung einer solchen Landeszentrale gekommen ist, tritt die Mitgliedschaft Finnlands sofort in Kraft. Sie ist vor aus befriedigender Bedienung, da dadurch die bereits zwischen den skandinavischen Ländern bestehende enge Zusammenarbeit gefördert und die organisatorischen Beziehungen des I. G. B. im Polnischen und den angrenzenden Ländern gefördert werden. — Der Anschlag Schweneß beharrt noch der Zustimmung des Ausschusses des I. G. B.

In Zusammenhang mit der Arbeit der Gemeinsamen Kommission des I. G. B. und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (S. A. I.) zur Behandlung der Frage der Arbeitslosen erhaltene Gen. Schweneß Bericht über die von verschiedenen Nationalkommissionen geleistete Arbeit. Weiterer Bericht des Untersekretärs sowie eine Sitzung der Kommission zur Aufstellung endgültiger Beschlüsse werden vom 20. bis 22. Januar in Zürich stattfinden. In wie hohem Maße die angeschlossenen Landeszentralen und Internationalen Berufsverbände für die bereits am dem Streikende, Konkrete des I. G. B. angestrebte Frage der Arbeitslosigkeit und der Arbeitslosenunterstützung interessiert, zeigt ein von den drei Internationalen der graphischen Gewerkschaft (Schweizer, Niederländer und Belgier) des I. G. B. unterbreitetes Gesuch, wonach die angeschlossenen Landeszentralen beauftragt werden sollen, sich mit ihren Vertretern im Parlament in Verbindung zu setzen, um auf gesetzlichem Wege die Einführung der 40-Stunden-Woche zu erreichen. Dieser Beschluß wird, zusammen mit einem anderen beschließenden Antrag, der für diese Frage zuständigen Gemeinsamen Kommission des I. G. B. und der S. A. I. zur weiteren Behandlung unterbreitet werden.

Bei der Vorbereitung der 12. Sitzung des I. G. B. in Genf betreffend den Bericht des Vorstandes neuerdings mit dem Problem der Wirtschaftskrisen betriebs in Zusammenhang. Auf dessen Wunsch der Glasarbeiter-Internationalen wird der I. G. B. die Arbeitergruppe des Ver-

waltungsrates des Internationalen Arbeitsamts ersuchen, in der Sitzung vom Januar einen neuen Versuch zu unternehmen, um zu bewirken, daß dieses Problem in der von der Glasarbeiter-Internationale gewünschten Weise zur Behandlung gelangt.

Im Zusammenhang mit den im Rahmen des Internationalen Arbeitsamtes unternommenen Schritten zur Aufstellung einer Konvention über die Arbeitszeit in den Kohlenruben hat der I. G. B. auf Wunsch des Britischen Gewerkschaftsbundes und in Zusammenarbeit mit der Bergarbeiter-Internationale beschlossen, sofort nach Bekanntgabe des vom Internationalen Arbeitsamt zu Händen der Internationalen Arbeitskonferenz aufzustellenden neuen Vorentwurfs zur Konvention eine Sitzung der Vorstände beider Internationalen zur Besprechung aller auf diesem Gebiete noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten sowie zur Aufstellung einheitlicher Richtlinien für die Politik der Arbeitergruppeneingaben.

Bei der Behandlung der finanziellen Fragen, die Anlaß zur Gewährung bzw. Erneuerung verschiedener Unterstützungen gab, wurde auch auf die erfreulichen Resultate der Sammlung hingewiesen, die in Verbindung mit der gemeinsamen Sitzung des I. G. B. und der S. A. I. in Köln zugunsten der Hilfeleistung für die Opfer des Faschismus sowie der Arbeit in Ländern ohne Demokratie und in dem von Faschismus speziell bedrohten Staaten eingeleitet wurde. Von seiten der Gewerkschaften sind zum Malcotti-Fonds, in den auch die für diese Zwecke gesammelten Gelder der politischen Arbeiterparteien geleitet werden, bis jetzt mehr als 30 000 Gulden beigetragen worden.

Da die in diesem Jahre in Bernau (Berlin) abgehaltene Jahresversammlung längerer Gewerkschaftsmitarbeiter einen so erfolgreichen Verlauf nahm, wird im kommenden Jahre eine Delegations-Delegationen: An den rumänischen Gewerkschaftskongress wurde ein Vertreter delegiert.

Die nächste Vorstandssitzung wird im Anschluß an die Sitzung der Gemeinsamen Kommission des I. G. B. und der S. A. I. am 20. und 21. Januar in Zürich stattfinden.

Wie die Bürgersteuer erhoben wird.

Die Bürgersteuer wird erhoben von allen im Gemeindebezirk wohnenden natürlichen Personen mit selbständigem Einkommen, soweit sie über 20 Jahre alt sind, und zwar nach dem Stande der Steuerpflicht am 10. Oktober eines jeden Jahres. Die Rechtsverordnung vom 26. Juli d. J. ist durch die 2. Nov. 1930 vom 1. Dezember 1930 bezüglich der Bürgersteuer erweitert worden. Von diesen Änderungen hat der Reichsfinanzminister durch Mandat vom 1. Dezember 1930 Kenntnis gegeben. Während nach der alten Rechtsverordnung vom 26. Juli 1930 nur die Personen von der Bürgersteuer befreit waren, die mindestens seit einem Monat Arbeitslosenunterstützung empfangen oder sonstige öffentliche Fürsorge genießen, ist durch die neue Verordnung vom 1. Dezember 1930 der Kreis der von der Bürgersteuer befreiten Personen erweitert worden (vgl. § 4 Abs. 2 G. B. S. 111 in der neuen Fassung). Bezieht sich hiernach außer den Personen, die bereits nach der alten Rechtsverordnung der Bürgersteuer nicht unterliegen, auch die Personen sein, denen ein Wahlrecht nicht



Ausperrung in der sächsischen Weichhohlglasindustrie.

Die ausgesprochenen Klagen der am Lohnstreik der Verbandsgruppe IV der deutschen Weichhohlglasindustrie beteiligten Arbeitnehmer liefen am 3. Januar ab. Inzwischen haben die Arbeitgeber in längeren Verhandlungen mit einer neuen Lohnskala unter Hinweis auf die besonders schwierigen Verhältnisse der sächsischen Weichhohlglasindustrie Aufforderungen an die Arbeitnehmer ergehen lassen, durch Unterzeichnung ihrer herausgegebenen Listen die einseitig diktierten Löhne anzuerkennen. Diese Anerkennung würde eine Verschlechterung der Löhne von 6 bis 15 Prozent durchschnittlich bedeuten, und es ist nicht anzunehmen, daß sich die Arbeiter dazu bereit erklären. Durch die Rücksichtslosigkeit der Unternehmer kann es zur Ausperrung von 3000 bis 4000 Arbeitern im Freistaat Sachsen kommen. Bei dem brutalen Mittel der Ausperrung vergessen die Industriellen die schlechte Lage der sächsischen Weichhohlglasindustrie und fügen sich größeren

Schaden zu, als wenn sie dem Vorschlage der Gewerkschaften entsprechend, es beim status quo nach der bereits erfolgten dreiprozentigen Lohnföhrung belassen hätten, oder wenn sie dem Wunsche der Arbeitnehmerbeisitzer in den Schlichtungsverhandlungen vom 22. Dezember entsprochen hätten.

Man muß gespannt sein, was die Behörden bei einer Ausperrung von 3000 bis 4000 Glasarbeitern zur Erhaltung der Tarifverträge unternehmen werden.

Bei Redaktionschluss stand es so, daß die Kollegen in Habeburg, Brodowik und Burzdorf das einseitige Diktat der Firmenleitungen abgelehnt haben, und daß sie deswegen ausgesperrt worden sind.

Die vollste Solidarität der Deutschen wie der internationalen Glasarbeiter gilt unseren Kollegen in der Verbandsgruppe IV.

Jahreswende für die Flaschenglasarbeiter.

Die Jahreswende gibt im allgemeinen immer Veranlassung, seiner Wünsche nicht nur Glück und Gesundheit, sondern ihm auch eine bessere Zukunft zu wünschen. In einer besseren Zukunft sehen wir Hebung des kulturellen Niveaus der Bedienten und Unterdrückten im Produktionsprozeß. Die Flaschenglasindustrie schenken mit ihrer Tarifbindung der Lohn- und Mantelverträge zwecks Durchführung von Verschlechterungen für eine bessere Zukunft ihrer Arbeiter nicht besorgt zu sein. Die an und für sich seit Jahren gedrückten Einkommensverhältnisse der Flaschenglasarbeiter sollen noch mehr verschlechtert werden. Die fleißige Arbeiterkraft in der Flaschenglasindustrie hat mit ihrer Händearbeit hauptsächlich es dahin gebracht, daß aus einer veralteten Kleinindustrie Konzernbetriebe mit den modernsten Einrichtungen entstanden sind, die auch heute in Zeiten der allgemeinen Weltwirtschaftskrise noch Gewähr für das Wohlergehen einer angemessenen Rente für die Kapitalinvestierung bieten.

Seit Monaten war uns bereits bekannt, daß die Vereinigung Deutscher Flaschenfabriken Lohn- und Mantelverträge, dem Zuge der Zeit entsprechend, zur Durchführung von Verschlechterungen, aufkündigen wollte. Man hat es mit der Aufkündigung sogar sehr eilig gehabt, denn bereits am 30. Dezember 1930 ging der herkömmliche Einschreibebrief dem Keramischen Bund, Branche Glas, zu.

Es ist uns kein Geheimnis geblieben, daß die Vereinigung Deutscher Flaschenfabriken über den Ausgang der Tarifbewegung im Juli/August des vorigen Jahres untröstlich war. Man konnte absolut nicht verstehen, daß der beantragten Lohnherabsetzung seitens der Schlichtungskammer keine Zustimmung gegeben worden ist. Die Schlichtungskammer wird nach den Nachweisen der Arbeitnehmervertreter erkannt haben, daß Arbeiter, die bei schwerer Tätigkeit kaum jetzt Sicherungen für die Erziehung ihrer Familien haben keine Verschlechterung zugunsten werden kann. Seit dem Zeitpunkt der Lohnbewegung für die deutsche Flaschenindustrie registriert die Vereinigung Deutscher Flaschenfabriken jeden Schiedspruch mit Lohnverschlechterungen anderer Industriezweige, um genügend Material zur Begründung der eigenen Abwandsforderungen zu haben, da sich wirtschaftlich betrachtet, eine Lohnabwandsforderung von den Industriellen schwer begründen lassen dürfte. Bei Veranlassung von Material aus anderen Industrien werden hoffentlich die Flaschenindustriellen nicht vergessen, daß solches Material rein individuell zu behandeln ist, und daß es in letzter Zeit besonders stark beeinträchtigt erscheint von den jeweiligen Stimmungen der Schlichter zu einer Industriezweige. Man wird hoffentlich in objektiver Weise auch den Behörden die Gewinnrechnungen der Flaschenindustrie vom Jahre 1929 bis 1930 nicht vorenthalten, die trotz Weltkrise und auch bei ander Abwärtsbewegungen im Inland nicht schlecht aussehen sollen. Für die Gewinne, die trotz Einschränkung der vorhandenen Produktionskapazitäten noch erzielt worden sind, wird man die Begründung haben, daß eine viel zu geringe Verzinsung der großen Kapitalinvestierungen vorliegt. Wo bleibt die Kapitalverzinsung der Arbeitskraft der Flaschenglasarbeiter?

Die Forderungen der Industriellen sind uns noch nicht bekanntgegeben worden. Schlichte man nach dem Umfang der Forderungen auf Abbau bei den einzelnen Lohnpositionen vom Jahre 1930, dann können wir uns gefast machen, daß wieder mehr als 15 Schreibmaschinenseiten Verschlechterungsanträge uns übermittelt werden. Wenn Manteltarifvertrag werden die Wünsche sich hauptsächlich wie in früheren Jahren auf den Paragraphen Ausfallentschädigung und Nebenleistungen des Arbeitgebers erstrecken.

Die Tarifkommission der deutschen Flaschenindustrie hat bereits Anfang Dezember zu dem Ablauf resp. zur Aufkündigung der Lohn- und Mantelverträge Stellung genommen. Entsprechende Anträge, die sich nach Lage der Industrie und des Arbeitsmarktes durchaus begründen lassen, werden der Vereinigung Deutscher Flaschenfabriken zur Neuregelung baldigst unterbreitet werden. Wesentlich ungeachtet muß die vorgesehene Arbeitszeitregelung werden. Eine Industrie wie die Flaschenindustrie muß aus eigenem und auch volkswirtschaftlichem Interesse in der jetzigen schweren Wirtschaftskrise darauf bedacht sein, daß durch Verkürzung der Arbeitszeit und anderer Schichteneinteilung für kontinuierlich Beschäftigte ein Teil der durch die Maschinen arbeitslos gewordenen Hocharbeitskräfte wieder untergebracht werden. Man möge sich in dieser Frage die Vorschläge der Konferenz der Südamerikanischen Konventionen zur Behebung der Arbeitslosigkeit einmal ansehen, die einmütig zu der Auffassung gekommen sind, daß das jetzige Wirtschaftssystem nur durch Verkürzung der Arbeitszeit wieder in geordnete Verhältnisse zurückgeführt werden kann.

Ueber die Stärkung der Kaufkraft zur Förderung des Zulandaufbaues noch Worte von uns aus zu verlieren, halten wir an dieser Stelle für müßig. Die Flaschenindustrie ist aber bestimmt eine von den Erzeugnisgruppen, die nur durch gestärkte Kaufkraft der Konsumenten ihren Absatz im Ausland erhöhen können. Der Vereinigung Deutscher Flaschenfabriken haben wir, entsprechend der Beschlüsse der Tarifkommission, auf ihre Aufkündigung der Verträge nachfolgendes mitgeteilt:

In Vertretung Ihrer bereits am 30. Dezember hier eingegangenen Mündigungsverträge für die Lohn- und Manteltarife der deutschen Flaschenindustrie mit Ablaufstermin zum 28. Februar 1931 resp. 31. März 1931 dürfen wir, wie bereits telephonisch zum Ausdruck gebracht, hervorheben, daß Sie mit der Aufkündigung der Verträge auch den Wünschen unserer Mitglieder entgegenkommen. Bekanntlich haben in den letzten zwei Jahren trotz bestehender Verträge Verhandlungen der Parteien wegen Umänderung wichtiger Bestimmungen der Lohnskalen und des Manteltarifvertrages stattgefunden. Unsere Forderungen, die zum Teil auf den bekannten Wünschen unserer Mitglieder sich aufbauen, werden wir mit den notwendigen Ergänzungen Ihrer Organisation baldigst mitteilen.

Dart und schwer wird auch in der deutschen Flaschenindustrie um die Aufrechterhaltung der jetzigen Existenzverhältnisse der Arbeitnehmer gekämpft werden müssen. Einigkeit und Geschlossenheit unserer Kollegen in der Flaschenindustrie werden uns dabei eine Stütze sein.

Interessant sind die gelegentlich einer Generalversammlung von dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates der verreries Dammert & Courcelles Méunies in Jumez gemachten Mitteilungen, aus denen hervorgeht, daß dem Truist von den übernommenen Gesellschaften keine Betriebsgelder zur Verfügung gestellt werden, sondern daß die Verkaufserlöse aus den Lagerbeständen der fusionierten Gesellschaften das Betriebskapital abgeben werden. In der Generalversammlung der verreries des Hamendes, L. Lambert in Jumez, wurde ebenfalls bestätigt, daß nur die Anlagen, Rohstoffe und Fertigfabrikate eingebracht worden sind.

Aus diesen dürftigen Mitteilungen, die über die Union in die Öffentlichkeit gelangt sind, geht hervor, daß die Übernahme der verrerieseinrichtungen (Grundstücke, Gebäude, Zellen, Maschinen) mit Fertigfabrikatelager nur auf 200 000 000 belgische Franken geschätzt worden ist. Betriebskapital ist mithin nicht vorhanden, da es aus dem Erlös der Glasbestände geschaffen werden soll. Was nun die Höhe des jetzigen Kapitals für die Anlagen anbetrifft, so ersehen wir, daß dasselbe in Anbetracht der Anlagen vorhandenen verreries-Anlagen in Belgien äußerst gering ist und nur etwa die Hälfte des für diese Anlagen von den Hütten veranschlagten Wertes darstellt. Diese gewaltige Differenz zwischen wirklich investiertem Kapital und Übernahmewert durch die Union muß sonder Zweifel als Fehlinvestierung durch Schaffung übermäßiger Produktionsanlagen angesehen werden. Aus den von Herrn Dr. Ing. Maurach gelegentlich der 12. Glas-technischen Tagung in Berlin (siehe „Das Glas“, Heft 23 vom 1. Dezember 1929) gemachten Ausführungen: „Neben dem gegenwärtigen Stand der Technik in der Glasindustrie“ geht hervor, daß zu diesem Zeitpunkt in Belgien 147 verreries-Maschinen aufgestellt waren. Wenn man nun die Gesamtinvestierung pro verreries-Maschine mit allem Zubehör auf 350 000 bis 400 000 RM schätzt, so dürften bei Annahme des niedrigsten Betrages pro betriebsfertige Maschinenanlage in Belgien insgesamt für die 147 verreries-Maschinen rund 51 500 000 Reichsmark oder 438 000 000 belgische Franken investiert worden sein. Ungefähr die Hälfte der bestehenden verreries-Maschinen mit entsprechendem Zubehör wurden also mit Null bewertet von der Union übernommen. Andererseits fällt auf, daß in dem Kapital von 200 000 000 Franken keinerlei Betriebskapital investiert ist. Die Auffassung, die Betriebsgelder aus den Verkäufen der vorhandenen Stocks flüssig zu machen, dürfte sich später als ein Trugschluss herausstellen, da jede Fabrikationsstätte auch in Zukunft mit einem normalen Lager rechnen muß und mithin auch hierfür Gelder investiert bleiben müssen. Es dürfte daher zu erwarten sein, daß in nächster Zeit durch Kredite oder Kapitalerhöhung Betriebskapital geschaffen werden muß. Die 18 176 000 belgische Franken Barzahlung an verschiedene Hütten sind als Vorbelastung der Union zu werten. Wenn man sich nun die Frage vorlegt, aus welchem Grunde außer den Anteilen noch Barzahlungen vorgegeben wurden, so dürfte man mit der Vermutung nicht fehlgehen, daß diese Barzahlungen den Kampf um die Festlegung der Höhe der Beteiligungsziffern oder die Rentabilität der einzelnen Betriebshütten untereinander ausgleichen haben.

Diese kurzen Ausführungen zeigen die ganze Tragik, die die verreries-Krankheit in Belgien geschaffen hat. Sie lassen erkennen, wie mit Unterstützung des Großbankkapitals viel Geld sehr investiert wurde. Andererseits muß aber in großem Umfange anerkannt werden, daß die belgische Kiensterglasindustrie durch Schaffung der Union einen großen Schritt vorwärts gekommen ist. Wir sehen den gewaltigen Vorteil gerade darin, daß die sonstigen Kiensterglasstätten in die Verflechtung der Union übergegangen sind und diese eine einheitliche Leitung bezüglich Verwaltung, Technik und Verkauf hat. Die Position der Belgier hat sich durch diese Maßnahme in internationalen Glashandel bedeutend gestärkt. Es soll aber nicht vergessen werden, daß neben den Kiensterglasstätten die mit bedeutenden Mitteln aufgelegene Libbey-Owens-Gesellschaft unabhängig weiter besteht, und es dürfte auch, trotz der gemeldeten Verständigung zwischen den Libbey-Owens- und den verreries-Hütten, die bezüglich der Rentingentierung der Produktion 70 Proz. für die Union und 30 Proz. für die Libbey-Owens vorsieht, noch nicht zu einer endgültigen Gesundung der belgischen Kiensterglasindustrie gekommen sein, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die nach dem verreries-Verfahren arbeitende Kiensterglasindustrie in den hauptsächlichsten Glas produzierenden Ländern gewaltig überflutet ist und die kleinen Randstaaten Europas sowie auch die Ueberseestaaten allmählich durch eigene Produktion ihren Konsum decken wollen und bestrebt sind, dieses Ziel durch Zollstrafen zu erreichen.

Tschekoslowatei.

Müßlich berichteten wir, daß die Lage in der böhmischen Glasindustrie noch vor wenigen Wochen sehr gedrückt war, nach amtlichen Angaben arbeitete die Hohlglasindustrie und die Tafelglasindustrie mit 60, und die Flaschenglasindustrie mit 65 Proz., während es die Spiegelglasindustrie auf 80 Proz. bringen konnte. In letzter Zeit hat sich aber die Lage der Hohlgläser Glasindustrie entschieden belebt, was wohl zum Teil auf das vergangene Weihnachtsfest zurückzuführen ist, aber auch darauf, daß Nordamerika wieder stärker als Käufer auftritt. Auch das Geschäft mit England ist fast wieder normal und Deutschland ein guter Abnehmer. Hauptächlich werden bessere Genres in Colliflers gekauft, während in Vionteric-artikeln, deren Einfuhr nach den Vereinigten Staaten durch hohe Zölle stark behindert ist, das Geschäft schwach geht. Auch aus Indien sind wieder Erdrer eingelaufen, hauptsächlich in Schmelzperlen für Kleiderstimm, während der Absatz nach Südamerika zeitweise stark unter den dort herrschenden Unruhen litt.

Auch die Daidae Glasindustrie, die durch den New Yorker Börsensturz Ende 1929, den Vorkauf europäischer Waren in Indien, das Fallen der spanischen Peseta und die südamerikanischen Wirren stark in Mitleidenschaft gezogen worden war, kann eine wesentliche Besserung verzeichnen. Die Lager in den Vereinigten Staaten scheinen ziemlich erschöpft zu sein, denn die Amerikaner kommen wieder, wenn auch zur Zeit noch vereinzelt, noch Daida, um Musteraufträge zu erteilen und Vorabschlüsse zu tätigen. — Nach wie vor bleibt aber die ausländische Konkurrenz, die sich durch hohe Schutzzölle zu überwinden, sehr fühlbar, insbesondere Deutschland in geschliffenem Bleiglas, Belgien und Schweden in Service- und Kunstglas. Unter der Konkurrenz leiden die Preise, und die Zahlungen gehen ständig ein. — Von der Leipziger Frühjahrsmesse wird eine weitere Besserung der Lage erwartet.

Die Arbeitskräfte der Glasindustrie werden auch jetzt noch nicht annähernd ausgenutzt. Von 35 000 Glasarbeitern sind zur Zeit noch immer 16 800, das sind 48,2 Proz., arbeitslos. Noch größer ist die Arbeitslosigkeit in der Heimarbeit; nach einer Mitteilung des deutschen Glasindustrieverbandes und der keramischen Arbeitergemeinschaft in Leipzig sind von 8700 Heimarbeitern nicht weniger als 6300 arbeitslos. Die Gründe hierfür sind außer der ausländischen Konkurrenz in der Mechanisierung und Rationalisierung der Erzeugung zu suchen, da die Einföhrung von Maschinen viele Arbeitskräfte ausschaltet. Besonders traurig liegt der Arbeitsmarkt in der Glasmalerei.

Der Truist der belgischen Maschinenglasfabriken.

Nach langwierigen Verhandlungen ist die Union des verreries Mécaniques Belges, mit Sitz in Charleroi, Quai de Brabant, zustande gekommen.

Zweck der Gesellschaft ist die Herstellung, die Ausbeutung und der Handel aller Glaswaren in allen Ländern. Die Dauer der Gesellschaft ist auf 30 Jahre festgesetzt. Das Gesellschaftskapital beträgt 200 000 000 belgische Franken, bestehend aus 20 000 Anteilen ohne Verzeichnung (parts sociales sans désignation de valeur). Die 20 000 vollen Anteilsscheine geben Recht auf je 1 Stimme.

Die im Anschluß an den Gründungsakt abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung legt die Zahl der Verwaltungsratsmitglieder auf 23 fest. Außerdem wird von der Ernennung von acht Aufsichtsratsmitgliedern gesprochen; diese dürften bereits in der Zahl der Verwaltungsratsmitglieder einbezogen sein und den ganzen Verwaltungsrat in ihrer Eigenschaft als „Administrateurs-délegués“ der Union des verreries Mécaniques Belges vertreten. Es sei an dieser Stelle kurz darauf hinzuweisen, daß das belgische Recht gegenüber dem deutschen bezüglich der Gesellschaftsorgane und ihrer Befugnisse wesentliche Unterschiede aufweist. So vereinigt beispielsweise der belgische Verwaltungsrat Rechte und Pflichten, wie sie für den deutschen Aufsichtsrat und Vorstand zusammen bestehen. Der Vorstandsbereich nach deutschem Recht besteht nicht; der belgische Direktor ist Bevollmächtigter des Verwaltungsrates, der seine Rechte und Pflichten bestimmt.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates der Union ist ein Direktor der Société Générale de Belgique, Herr Gaston Blaise. Außer den Vertretern der Glasstätten sind noch solche der Participations Financières verreries gewählt worden.

Besonders zu beachten ist, daß die Union des verreries Mécaniques Belges die Ausbeutung aller belgischen Maschinenglasstätten, die nach dem verreries-Verfahren arbeiten, mit rückwirkender Kraft ab 1. Oktober 1930 übernommen hat. Die besondere Leitung der Union liegt in den Händen eines aus drei Perioden bestehenden Direktoriums, und zwar von Herrn Charpentier (verreries de Mariemont) für die Verwaltung, Herrn S. Lambert (verreries de Jumez) für den Verkauf und Alex. Daniloff (verreries de Jumez) für technische Fragen.

Nachfolgende Aufstellung gibt Aufschluß über die Kapitalverteilung der Union unter die 13 Mitglieds-Gesellschaften, sowie die von der Union übernommenen Barabfindungen:

Gesellschaft	Beteiligung		Anteile		Barabfindungen
	in Proz.	in belg. Fr.	1/1	1/10	
1. verreries Mécaniques de Sodelinart, Charleroi	13,21	26 420 000	6 624		263 000
2. verreries de Gilly, Bruges	13,063	26 126 000	2 612-6/10		—
3. verreries Dammert & Courcelles Méunies, Jumez	12,50	25 000 000	2 500		4 268 000
4. verreries des Hamendes, Jumez	10,336	20 672 000	2 067-2/10		3 508 000
5. verreries de Dampremy-Februnne, Dampremy	9,899	19 798 000	1 979-8/10		3 318 000
6. Société des verreries de Mariemont	9,863	19 726 000	1 972-6/10		2 658 000
7. verreries Campinoises & du pays de Liège, Tournai	5,481	10 962 000	1 096-2/10		2 082 000
8. verreries Mécanique Charleroi	5,419	10 838 000	1 083-8/10		541 000
9. verreries de Binche, Binche	4,968	9 936 000	993-6/10		760 000
10. verreries Mécan. du Centre, Jumez	4,861	9 722 000	972-2/10		523 000
11. S. A. des verreries de Jumez, Jumez	3,988	7 976 000	797-6/10		60 000
12. verreries de Cronelleu	3,359	6 718 000	671-8/10		195 000
13. verreries de Roux, Roux	3,053	6 106 000	610-6/10		—
	100,—	200 000 000	20 000	Anteil	18 176 000



Subvention für die Firma Villeroy & Boch.

Bekanntlich hat die Steingutfabrik Villeroy & Boch in Dresden vor ein paar Monaten ihr Werk geschlossen mit der Begründung, daß es nicht mehr rentabel arbeite und etwa 1800 Beschäftigte entlassen. Durch Bemühungen der sächsischen Regierung, vertreten durch den geheimen Regierungsrat Florey vom sächsischen Wirtschaftsministerium, ist der Firma Villeroy & Boch ein Darlehen in Höhe von 1 Million Reichsmark zur Verfügung gestellt worden, für die der sächsische Staat bzw. die Stadt Dresden auf fünf Jahre die Zinsverpflichtungen übernehmen haben sollen. Zu diesem Vorgang schreibt Ernst Rosenbergl, Vorstandsmittglied der F. Dypke-Bernhard Josef A.-G. Dypke und Josef sind Inhaber der Firma Steingutfabrik Ludwig Ressel in Bonn, im "Berliner Tageblatt" vom 28. Dezember 1930 folgendes:

„Das Subventionsunwesen hat in jüngster Zeit eine solche Ausdehnung genommen, daß ein Eingreifen der zuständigen Regierungsstellen nicht länger aufgeschoben werden darf. Jedes Land, jede Stadt fühlt sich heute berechtigt, selbstherrlich, nach eigenem Gutdünken, ohne Berücksichtigung der wirtschaftlichen Folgen, die der Allgemeinheit entstehen, Subvention zu gewähren. Ein einzigartiger grotesker Fall droht sich zum Beispiel jetzt in Dresden abzuspielen. Das vielleicht bedeutendste Unternehmen der deutschen keramischen Industrie, die Firma Villeroy & Boch, eine Aktiengesellschaft, deren Anteile sich ausschließlich in Privatbesitz einer der reichsten deutschen Familien befinden, hat eines ihrer sechs oder acht Werke, das Dresdener, geschlossen, da es offenbar modernen Anforderungen nicht mehr entspricht. Ein solches Unternehmen, dessen Inhaber über unbegrenzte Mittel verfügen, kann sich heute natürlich erlauben, der Regierung keine Bedingungen zu stellen, wenn es geruhen soll, seine Pforten wieder zu öffnen. Es heißt, daß der sächsische Staat und die Stadt Dresden zur Durchführung der Nationalisierung dieses Dresdener Werkes gemeinsam ein zinsloses Darlehen von 1 Million Reichsmark auf die Dauer von fünf Jahren gewähren wollen. Daß durch ein solches Verfahren den konkurrierenden Unternehmen, die aus eigener Kraft ihre Fabriken modernisiert haben, obwohl sie über sehr viel geringere Mittel verfügen als die Familien Villeroy & Boch, geradezu der Lebensboden abgeschnitten wird, wenn der Betrieb dieser Magnaten es sich leisten kann, zunächst einmal fünf Jahre lang keine Selbstkosten ohne Zinsen und Abschreibungen zu errechnen, das ist den Herren von der sächsischen Regierung offenbar nicht zum Bewußtsein gekommen, oder sie können die Tragweite ihrer Handlungsweise einfach nicht übersehen. Das Reichswirtschaftsministerium steht zwar auf dem Standpunkt, daß ein derartiges Vorgehen einer Landesregierung zu verurteilen wäre, ob es aber die Macht haben wird, die sächsischen Diktatoren von diesem geradezu unerhörten Mißbrauch ihrer Amtsgewalt abzuhalten, steht noch durchaus dahin. Man glaubt nicht, in einem Bundesstaat zu leben, dessen Politik nach einheitlichen Grundrissen geleitet wird, sondern fühlt sich zurückerweckt in die Zeit, in der die deutsche Kleinstaaterei es als ihr oberstes politisches Ziel ansah, sich einem wirtschaftlichen Aufschwung entgegenzustellen.“

Der Dresdener Anzeiger schreibt am 18. Dezember 1930, nachdem er ebenfalls die Meldung bringt, daß zum Zwecke der Nationalisierung vom sächsischen Staat bzw. der Stadt Dresden 1 Million Reichsmark auf fünf Jahre ohne Verzinsung zur Verfügung gestellt worden sei, folgendes:

„In den beteiligten Industriekreisen haben diese Meldungen begrifflicherweise starkes Aufsehen gefunden. Es handelt sich bei der Gesellschaft um ein Familienunternehmen, das sehr wohl aus eigenen Mitteln die technische Nationalisierung durchführen kann. Und man wirft in diesem Zusammenhang mit Recht die Frage auf, unter welcher Begründung der Staat bzw. die Stadt in diesem Fall die Kosten für die Kosten einer technischen Organisation als Geschenk bereitstellen will. Der Zinssendienst für Neuanlagen ist gegenwärtig einer der Hauptbestandteile der Selbstkosten. Ohne diese Belastung kann das Unternehmen im Wettbewerb eine Preispolitik betreiben, die dann wieder andere keramische Betriebe zum Erliegen bringt. Da gerade auch in Sachsen die keramische Industrie stark vertreten ist, wird selbst unter dem an sich schon solchen Gesichtspunkt einseitiger Bevorzugung örtlicher Industrien diese Politik als sehr kurzfristig beanstandet.“

Wenn die öffentliche Hand diese Lösung sucht, so ist wohl allein der Staat maßgebend, die unproduktive Erwerbslosen-

fürsorge auf diese natürliche Weise zu gestalten. Denn die sozialen Schlag Schatten der Wirtschaftskrise werden immer bedrohlicher. Und gerade die finanzielle Unabhängigkeit des Konzerns gibt ihm andererseits in den Verhandlungen eine sehr starke Stellung.

Aber eine andere Frage ist, wie man diese Subvention mit den Forderungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie, des Verbandes sächsischer Industrieller, der Handelskammer und der hier beteiligten Industriegruppe nach Abbau von Unterstützungen in Einklang bringen will. Die Wirtschaft kann diese Lösung nicht billigen, weil sie dem Sinn ihrer eigenen Entscheidung widerspricht. Es mag nun naheliegen, die Verantwortung denen zuzuschreiben, die sich im Interesse eines Ausgleichs zwischen den verschiedenen Gesichtspunkten um diese Lösung bemühen. Aber wo bleibt der praktische Erfolg einer Entscheidung, die theoretisch die Subvention ablehnt und im einzelnen Falle doch wieder zu dem beanstandeten Ergebnis führt?

Die Wirtschaft muß diese Subvention ablehnen. Aus berechtigten Gründen. Aber sie muß auch ihren Einfluß in diesem Sinne geltend machen. Bei derartigen zur Entscheidung stehenden Fragen, die für die öffentliche Hand außerhalb des rein geschäftlichen Fallfalls liegen können, darf auch nicht immer wieder im Einzelfall die Forderung nach Subvention erhoben werden.“

Der „Vorwärts“ nahm auch zu der Angelegenheit Stellung und äußerte sich folgendermaßen:

Zum Skandal werden die Subventionen, wenn die Privatindustrie die Not der Krise benutzt, um ein Eingreifen von Staat oder Stadt geradezu zu erpressen. Jetzt wird aus Dresden gemeldet — Sachsen scheint überhaupt in letzter Zeit seinen Ehrgeiz in der Finanzierung fragwürdiger Subventionsprojekte zu suchen — daß die Stadt die Übernahme einer „Zinsbürgschaft“ für 1 Million Reichsmark auf fünf Jahre für die Firma Villeroy & Boch A.-G. beschlossen habe. Dieses größte deutsche Unternehmen der keramischen Industrie (Steingutfabrik, Radeln usw.) hat in Deutschland 12 Fabriken; das Dresdener Werk wurde im Oktober 1930 „wegen Unrentabilität“ geschlossen und die 1400 Arbeiter und Angestellten entlassen. Die Unrentabilität liegt in den veralteten Anlagen begründet und sollte durch den Bau von zwei Zunkesseln behoben werden. Für diesen Bau sollte zunächst die sächsische Staatsbank eine Million zinslos leihen; jetzt hat die Firma sich einen Auslandskredit besorgt, für den der sächsische Staat und die Stadt Dresden die Bürgschaft „für den Fall der Gewinnlosigkeit“ in den nächsten fünf Jahren übernehmen.

Wir garantieren, daß unter diesen Umständen das Unternehmen in den nächsten fünf Jahren ohne Gewinn arbeiten wird!

Denn natürlich müssen die alten Anlagen abgeschrieben werden, und der Umbau wird einige Zeit die Produktion ungenügend beeinflussen.

Dazu kommen die Bilanzierungsstände dieses Unternehmens, wie sie bei Aufstellung der letzten Bilanz zutage traten. Vier Jahre lang wurden auf das Kapital von 1,5 Millionen Reichsmark 10 Proz. Dividende, also 150 000 RM, gezahlt. Die Dividende für das letzte Jahr wurde auf 8 Proz. ermäßigt — weil man schlecht verdient hatte? Weit gefehlt! Dem Gewinnvortrag des Vorjahres wurden nachträglich (1) 205 000 RM entnommen, die in die Reserven abwanderten, die außerdem um weitere 45 000 RM im voraus aufgerundet wurden. Damit nicht genug, wurden wegen der „schwanenden Kreditverhältnisse“ einem weiteren Reserveposten 413 000 RM zugewiesen — so daß die offenen Reserven auf 1,92 Millionen Reichsmark Kapital anwuchsen. Die Gesellschaft strohte also sozusagen vor aufgeschobener Reservezeit.

In Wahrheit hat also Villeroy & Boch im letzten Geschäftsjahr fast 50 Proz. des Kapitals verdient. Daß die veralteten Anlagen eines Werkes erneuert werden müssen, soll ja auch sonst in der Industrie vorkommen. Daß man aber einem derart glanzend rentierenden Unternehmen, dessen Kapital sich im Behältnis ganz weniger schwerreicher Welschfamilien befindet, noch Geldente in Gestalt von Zinsübernahmen macht, macht diese Subventionsgeschichte zu einem glatten Skandal.“

Trotz diesem Protest belamen die Aktionäre ihre 7 Proz. Dividende. Da hätte man zum ersten Male, daß die Angestellten 25 Proz. Gehaltskürzung hinnahmen und ihre Tarifverträge umgehen sehen. Hoffentlich lernen die Angestellten daraus auch dort ihr Recht zu vertreten, wo es mehr Zweck hat. Die Aktionäre werden sich wenig darum gekümmert haben. An sich ist es erfreulich, wenn auch die Angestellten sich ihrer Haut wehren. Es sollte nur öfter geschehen.

Hohenberg.

Die Porzellanfabrik E. M. Guttschneidter A.-G. in Hohenberg rentierte sich im Geschäftsjahr 1929/30 so, daß die Generalversammlung die Dividende wieder auf 8 Prozent für die Vorzugsaktien und auf 6 Prozent (8½ Prozent) für die Stammaktien festsetzte. Ueber den Geschäftsgang im neuen Jahre wurde mitgeteilt, daß die eigenen Betriebe und die Beteiligungs-Gesellschaften zur Zeit noch befriedigend beschäftigt seien. Die Verhältnisse im In- und Auslande lägen jedoch so, daß die Abnehmer in Erwartung weiterer Preisnachlässe sich überall stärkere Zurückhaltung auferlegten. Deshalb sei die zukünftige Entwicklung heute noch nicht abzusehen. Der Vorstand sei der Ansicht, daß die Preise in der Porzellanindustrie noch nicht stabilisiert seien. Es werde notwendig sein, sich überall größter Sparsamkeit zu befleißigen. Die Gesellschaft werde auch die persönlichen Ausgaben einschränken und an ihre Arbeiter und Angestellten wegen Herabsetzung ihrer Bezüge herantreten müssen. Nur bei allergrößter Sparsamkeit und rationeller Wirtschaft werde sich wieder ein befriedigendes Ergebnis erzielen lassen.

So, an die Arbeiter und Angestellten soll wegen Herabsetzung ihrer Bezüge herantreten werden, und für die Aktionäre wird bei allergrößter Sparsamkeit — an Arbeiterlöhnen und Angestelltengehältern — ein befriedigendes Ergebnis in Aussicht gestellt. Vist sich das nicht wie Hohn. Die Arbeiterkass hat zu hungern, wenn nur die Aktionäre genug haben. Eine schöne Wirtschaft, was?

Weiherthal.

Die Porzellanfabrik Sonntag & Söhne, Weiherthal bei Wallendorf in Thüringen, hat ihre Pforten in einer der letzten Wochen geschlossen. Eigentlich lebte die Fabrik schon seit einigen Jahren nicht mehr richtig. Sie verneuerte nur noch so dahin. Der letzte Besitzer war ein Amtsgerichtsrat Wessel, der lieber Porzellanmachern, als der Republik als Jurist dienen wollte. Er hat auch beim Porzellanmachen kein Glück gehabt, trotzdem ihm Richard Heubach als Sachverständiger und Ratgeber zur Seite stand. Im letzten Jahr hoperte es mit dem Gelde sehr, und Angestellte und Arbeiter werden wohl heute noch rückständige Lohnforderung stellen können.

Der Betrieb ist an die Firma Schaubach, Porzellanmalerei in Wallendorf, verpachtet. Herr Schaubach hat es verstanden, in Wallendorf einen Betrieb aus den kleinsten Anfängen heraus auf eine ansehnliche Höhe zu bringen. Der Mühsaligkeit des Herrn Schaubach, zusammen mit seinem sehr tüchtigen Personal, das all seine Kräfte für das Emporkommen des Werkes einsetzte, ist es gelungen, Erzeugnisse herzustellen, nach denen sehr gern gefragt und gearbeitet wird. Es ist zu hoffen, daß Schaubach in Weiherthal von denselben Erfolgen begleitet wird, wie es zweifellos in Wallendorf bisher der Fall war.

Kaolin-Bücherei.

Die Preiskonvention des Verbandes der Deutschen Kaolinwerke E. V. Dresden, teilt mit, daß sie, obwohl noch keine sichtbare Senkung der Gestehungskosten, vor allem noch keine Herabsetzung der den Hauptteil der Gestehungskosten bildenden Löhne, eingetreten sei, ihre Verkaufspreise um 8 Prozent ermäßigt habe. Es handele sich dabei also um eine Vorleistung im Interesse der verbrauchenden Industrien. Wenn es gelänge, die Löhne den veränderten Verhältnissen entsprechend herabzusetzen, sei gegebenenfalls eine weitergehende Preis-senkung denkbar.

Wenn man diese Begründung liest, kommt einem der Gedanke, daß die Unternehmer eigentlich ein viel schöneres Leben führen könnten, wenn die Arbeiterschaft umsonst arbeiten würde. Wie wäre es, wenn das die Unternehmer einfach mit einem Diktator durchsetzen würden?

Braunruh.

Am 18. Dezember riß der Tod unser langjähriges und treues Mitglied, den Holl. Werner Jähnerl, im Alter von 63 Jahren aus unserer Mitte. Kollege Jähnerl, der seit 1904 organisiert ist und auch alle Porzellanereiben durchgemacht mußte, war ein aufrichtiger und ehrlicher Kämpfer.

In dem Glauben, daß die infolge Konkurses seit fünf Jahren stillstehende Porzellanfabrik die Pore bald wieder öffnet, wurde er leider, wie so viele Kollegen, schwer geküchelt. Die langjährige Arbeitslosigkeit hat sein Leiden bedeutend gefördert. Wir werden seiner stets gedenken.

Ein Porzellankalender als Exportvermittlung.

Eine ebenso neu- wie eigenartige Werbegabe hat das Leipziger Messamt in Gestalt eines Schreibisch-Anschlagkalenders an Messinteressenten im Auslande versandt. Dieser Kalender, der eine Kollektivwerbung für die auf der Leipziger Messe vertretenen Fabrikanten aus der Glas-, Porzellan-, Stein- und Tonwarenindustrie darstellt, besteht aus einem Porzellanunterteil, von dem sich das Schlagwort „Besucht die Leipziger Messe“ abhebt. Der Text der einzelnen Kalenderblätter unterrichtet die Auslandsbesucher über die Leipziger Messe und speziell über die auf der Messe ausstellenden Firmen der vorerwähnten Branche.

Wolffstedt.

Die neueste Kollektiv Porzellanfabrik A.-G. in Wolffstedt und ihr Zweigbetrieb R. Eckert & Co. stellen einen vorläufigen Antrag auf Stilllegung. Die Maßnahme soll sich als notwendig erwiesen haben, um die beabsichtigte Arbeitsreduktion durchzuführen.

Annaburg.

Die Annaburger Steingutfabrik A.-G. in Annaburg hält es trotz der gedrückten Preise auf dem Steinmarkt für richtig, auf dem Markt zu bleiben und nicht stillzuliegen. In der Hauptversammlung wurde berichtet, daß der Absatz im Berichtsjahr 1929/30 mengenmäßig gegenüber dem Vorjahre gestiegen sei.

Belgien.

Die belgischen Porzellanindustriellen erstreben für Porzellan, Tafelgeschirr, Bierporzellan, Steingut und Feinkeramik ein Kartell. Besprechungen wurden schon aufgenommen.

Neue Wege der Staatl. Porzellanmanufaktur Berlin?

Und wird geschrieben:

Kürzlich eröffnete die Staatliche Porzellanmanufaktur Berlin eine Weihnachtsausstellung vor geladenen Gästen. (Aber waren es nicht fast nur Manufakturangehörige?) In seiner Eröffnungsansprache betonte Direktor von Pechmann, daß diese Ausstellung zugleich ein Rechenschaftsbericht sein soll über das Schaffen des letzten Jahres, was wohl heißen soll, über seine bisherige Tätigkeit als Leiter des Instituts.

Was ist Neues geschaffen worden? Zunächst stellt man fest, daß die Schau sich in erster Linie auf gute alte Erzeugnisse bezieht. Des hervorragender Wirkung sind immer wieder die historischen Teelieferer. Sie zeigen auch das hohe Können des geschulten Personals, dem hierbei Gelegenheit zu individuellen Darbietungen gegeben ist. Etwa nur, daß der hohe Preis der Aufstellung solcher erlesenen Stücke nur ein kleines Zahl Käufer möglich macht.

Soll modern im guten Sinne wirken die reichlich gezeigten Stücke der Schmelzzeit.

Sieht man nun nach wirklich Neuem, so stellt man fest, daß auch diese Stücke sich alle schon vor Beginn der Direktions-tätigkeit des jetzigen Leiters vorhanden waren. Es ist nur wirtschaftlich schwere Zeit, die so wenig Mittel für neues Schaffen erlaubten hat? Oder fehlen die Ideen? Was beweisen elektrische Lampen in allen Größen als Reklame an. Aber von künstlerischen Schaffen zeugen sie kaum. Es ist Montage! Einiges wirkt sehr gut, anderes erreicht die Grenze des Möglichen. Nicht jede Farbe oder Blumendruck ist als Temperament geeignet. Aber unendlich erlesene weite phantasievolle Porzellan-richte, die man eben und unten mit Goldfäden abfächelt. Hier fehlt man den Temperamenten kaum noch an. Daß das Material Porzellan sein soll, nur allem wegen der farbigen Töne. Zusammen mit den schwarzen Goldfäden wirkt das Ganze mehr als ein phantasievolles Reklamé oder als eine große Spalte, fast als ein Reklame für Beschaffung einer Lampe.

Die Erbedung der Laboratoriumsgeräte als Schmuckstücke wirkt schlecht. Es ist anzunehmen, daß man davon auch keine große Bekanntheit erwarten kann, und eine schickliche Art als Preis für das letzte Jahr sind diese Teller. Es sind nicht, dieser Montage! Montage ist auch das Temperament, auf welches das Interesse der Ausstellungsgäste gelenkt werden sollte!

Aber sind solche Spielereien Aufgaben der Staatsmanufaktur, zumal in einer Zeit, wo doch an dieser Stelle die Not der Zeit sehr stark an die Türen klopf, in erster Linie natürlich zum Schaden der kurzarbeitenden Arbeiter, wie der Herr Direktor in seiner Rede selbst zugab.

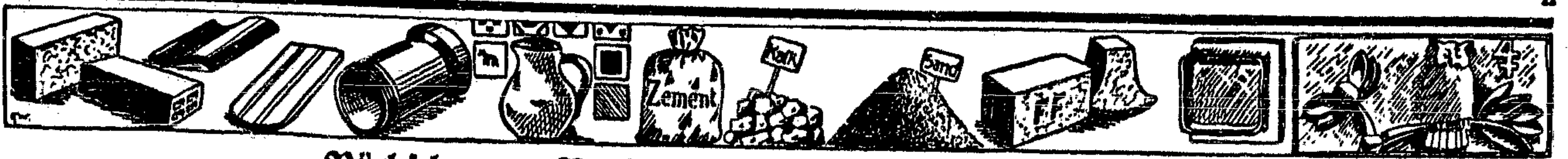
Aber fast noch weniger Berechtigung haben wohl Galsketten aus Porzellanfiguren. Man muß es sich erst sagen lassen, daß diese an sich ganz farbige, ganz reizvollen Ketten aus Porzellanfiguren bestehen sollen. Aber dann fragt man sich, wozu dies, was sollen diese gewichtigen Ketten?

Aber wenn man nun noch die Bemalung eines Tischservices von Frau Schumann erwähnt, so ist man schon am Ende mit den Erfindungen des letzten Jahres!

Doch beruhigen wir nicht den Weihnachtssteller! Aber ist die Ausstellung des Jahres vielleicht ein Sinnbild? Nein, im Ernst, wir fragen, was aus dem Können eines gutgeschulten Personal nicht mehr herauszuholen, als was die Jahresüber-treue ist? Und hört man, genügend Käufer anzureizen und damit Arbeit für das Personal zu schaffen mit Dingen, die sich nur an einen kleinen Kreis überhöhter Menschen wenden. Kann man nicht auch Geschmack und Qualität an Dinge wenden, die mehr Freude auch bei Leuten erwecken, die keine Überhöhten sind?

Geld.

In der Generalversammlung der Porzellanfabrik Poron g Guttschneidter A.-G. Selbst in München erklärte der Angestelltenvertreter, daß es noch dem vorliegenden Geschäftsbericht gelungen sei, bei sparsamer Wirtschaft die Liquidität zu erhalten; dies werde aber erreicht auf Kosten der Angestellten-schaft, der man unter Umgehung der Tarifverträge eine 25prozentige Gehaltskürzung aufgezwungen habe. Der Vorsitzende verwahrte sich zunächst dagegen, Lohnkürzungen in einer WK zu behandeln, und bemerkte nur, daß man nach sechs Jahren ununterbrochener Lohnverbesserungen in jüngeren Zeiten sehr wohl auch zu Lohnkürzungen greifen müßte, und daß es besser sei, Lohnherabsetzungen als Entlassungen vorzunehmen. Ueber das laufende Geschäftsjahr wurde noch mitgeteilt, daß man die Leistungsfähigkeit der Werke nicht voll aus-nutzen könne, und daß deshalb teilweise Betriebsbeschränkungen erfolgt sind und daß auch das Weihnachtsgeschäft nicht die erhoffte Belebung gebracht habe.



Rückschau — Vorschau.

Für die Arbeiterschaft in den Industrien Steine und Erden bedeutete das Jahr 1930 große Not und Entbehrungen. In der Ziegelindustrie war die Kampagne der Saisonbetriebe sehr kurz. In einigen Bezirken hat ein großer Teil der Betriebe die Pforten überhaupt nicht erst aufgemacht, also gar nicht produziert, der andere Teil nach 6 bis 8 Wochen wieder geschlossen. In einigen haben die Pressen ungefähr nur 14 Tage gearbeitet und dann die Produktion wieder eingestellt. Von den in Saisongebieten beschäftigten gewesenen Zieglerkollegen wird wohl kaum einer darunter sein, der die Anwartschaft für die Erlangung der Arbeitslosenunterstützung erreicht hat. Bei den Dauerbetrieben, d. h. bei denen, die in normalen Zeiten auch im Winter produzieren, sieht es ebenfalls in bezug auf Beschäftigung sehr trübselig aus. Verschiedene dieser Betriebe haben infolge großer Vorräte und Absatzmangel stillgelegt, andere arbeiten nur mit eingeschränkter Belegschaft. Auch in der Zement-, Kalk-, Kalksandstein-, Feuerfesten-, Steinzeug-, Wandplattenindustrie sowie in allen übrigen Zweigen der Baustoff- und grobkeramischen Industrien überall das gleiche Bild.

Die ganzen in letzter Zeit an die Zentrale gelangten Mitteilungen über die Arbeitsmarktlage lauten fast alle trübselig. Wir brauchen nur einen kleinen Auszug aus der Fülle der Meldungen zu geben.

Eine große Zahlstelle Sachsen schreibt: In der Ziegelindustrie liegen von 8 Betrieben 2 vollständig still. Der eine arbeitet nur noch mit 80 Mann 40 Stunden pro Woche. Normal beträgt die Belegschaft dieses Industriezweiges 280 Beschäftigte. In der Ziegelindustrie liegen von 18 Betrieben 14 vollständig still. Der eine Dauerbetrieb arbeitet mit 88 Mann nur 82 Stunden pro Woche. Von den 14 stillgelegten Betrieben sind 2 Dauerbetriebe. In 2 kleinen Betonwarenbetrieben mit normal 10 Beschäftigten arbeiten nur noch 8 Mann.

In 4 großen Ofen- und Wandplattenbetrieben ist die Belegschaft 1930 um 480 vermindert. 3 Betriebe arbeiten schon seit März nur 24, 22 und 40 Stunden pro Woche. Einer 48 Stunden pro Woche, hat aber Mitte des Jahres 168 Mann entlassen.

Eine andere Zahlstelle in Sachsen berichtet: Dachziegelwerk mit 170 Beschäftigten, welches sonst immer durchgearbeitet, stillgelegt.

Eine größere schlesische Zahlstelle mit 7 Ziegelfabriken meldet, daß alle Betriebe mit stark eingeschränkter Belegschaft nur einige Wochen gearbeitet haben.

In Westfalen arbeiten in der Zementindustrie von insgesamt 22 Werken nur 6 oder 8.

In Oberschlesien liegen in der Zementindustrie bis auf ein Lukenfeuerturm alle Werke still.

Preußen, Pommern, Silesien und Norddeutschland, alle Bezirke ohne Ausnahme, von überall her Meldungen, daß, soweit es Saisonbetriebe sind, diese entweder gar nicht gearbeitet oder nach kurzer Zeit den Betrieb wieder geschlossen haben.

Wo noch produziert wurde, sind die Belegschaften ziemlich stark reduziert worden.

Nur einige Beispiele darüber:

Ein Wandplattenwerk in Schlesien, Belegschaft von 880 auf 200 vermindert. Dazu seit 16 Wochen Kurzarbeit mit 4 und 5 Tagen.

Zementindustrie Hannover. Eine Zementfabrik hat infolge technischer Verbesserungen von 420 auf 107 vermindert. Seit seit Monaten still. Eine andere, früher 800 Arbeiter, jetzt, weil modernisiert, 180. Zur Zeit wegen Absatzmangel stillgelegt.

Harzer Portland-Zement- und Kalkwerke beschäftigt von 650 nur noch 100 — Braunschweigische Harzalkwerke von 450 nur noch 180 — Hornberger Kalkwerke von 118 noch 80 Arbeiter. Wollen im Januar 1931 ganz stilllegen. Übrigens ebenfalls Belegschaften infolge technischer Verbesserungen stark vermindert.

Zur Zeit liegen alle Zementwerke des Hannoverischen Zementgebietes still. Nur wenige Arbeiter und Handwerker sind mit Reparaturarbeiten beschäftigt. So in allen Bezirken Betriebe technisch verbessert, rationalisiert, Belegschaften stark, zum Teil auf ein Drittel eingeschränkt, Produktion gesteigert. Für die Produktion keinen Absatz, Stilllegung und in der Zwischenzeit weitere technische Verbesserungen, damit die Produktion von noch weniger Arbeitsträften bewältigt werden kann. Dertweil geht die Arbeiterschaft an Unterernährung angründe.

Nur noch ein kleines Beispiel, wie sich die Wirtschaftslage gerade in der Ziegelindustrie im Jahre 1930 gestaltet hat. In einem kleinen Bezirk Westdeutschlands werden normal 200 Millionen Ziegelsteine produziert und abgesetzt. Im Jahre 1930 wurden nur 84 Millionen produziert oder 17 Proz. der normalen Produktion.

So sieht das Bild für 1930 fast in allen Bezirken Deutschlands aus. Leider sind die Aussichten für 1931 nicht besonders günstig. Überall große Vorräte, weitere Einschränkung der Produktivität, Verschärfung der Not der in der Baustoff- und grobkeramischen Industrie beschäftigten Arbeiterschaft. Dieser Not glauben die Unternehmer dadurch steuern zu können, indem sie die Löhne der noch in Beschäftigung stehenden Arbeiterschaft, die an und für sich schon ziemlich niedrig sind, weiter herabsenken wollen. Nicht weniger als 106 Lohn- und 82 Mantelverträge in der Baustoff- und grobkeramischen Industrie sind bis Jahresabschluss von den Arbeitgebern gekündigt zum Zweck, entweder ganz von tariflicher Bindung los-

zumachen und die Löhne erheblich zu kürzen sowie Urlaubs- und sonstige materielle Bestimmungen zu verschlechtern.

Die Begründungen, welche die Unternehmer für ihre Forderungen auf Lohnherabsetzung haben, sind oftmals recht originell. Eine Arbeitgeberorganisation schreibt:

„Die rückläufige Preisbewegung macht eine Herabsetzung der Löhne um 15 Proz. notwendig.“

Das ist die ganze Begründung.

Diese rückläufige Preisbewegung hat sich für die Arbeiterschaft bisher noch nicht sehr bemerkbar gemacht. Auf keinen Fall ist sie so bemerkbar geworden, daß die 15prozentige Lohnherabsetzung dadurch ausgeglichen werden könnte.

Bei den Verhandlungen ist nun wohl einem Arbeitgebervertreter ein unfreiwilliges Geständnis entschlüpft, indem er sagte, daß sie sich dem allgemeinen Vorgehen der Arbeitgeber anschließen müßten. Also nicht wirtschaftliche Not der Arbeitgeber ist es, was sie bei ihren Abschlüssen treibt, sondern weil ihre Preisorganisations nun einmal einen Lohnabbau als Parole herausposaunt haben, macht man mit.

Das ist die reinste Konjunkturpolitik, die die Unternehmer jetzt treiben. Man will für sich so viel wie möglich ersparen, weil man die Zeit für sich günstig erachtet. Noch ein Beispiel von der Lohnabbauhysterie:

In der Konjunkturzeitung Nr. 102/103 vom 22. Dezember 1930 ist folgende Notiz enthalten:

Die Preiskonvention des Verbandes der Deutschen Kalkwerke E. V. Dresden, hat, obwohl noch keine fühlbare Senkung der Herstellungskosten, vor allem noch keine Herabsetzung der Hauptteil der Herstellungskosten bildenden Löhne, eingeleitet. In ihrer Verkaufspreise um 8 Proz. ermäßigt. Es handelt sich dabei also um eine Vorleistung im Interesse der verbrauchenden Industrien. Wenn es gelingt, die Löhne den veränderten Verhältnissen entsprechend herabzusetzen, so ist gegebenenfalls eine weitergehende Preisreduzierung denkbar.

Also allzuviel Opfer wollen die Unternehmer nicht bringen. Sie hätten hinzuzufügen können, wenn die Löhne so gesenkt werden, daß bei und noch ein entsprechender Profit herausspringt, sind wir natürlich bereit, davon etwas abzugeben.

Wenn die Arbeiterschaft in günstigeren Zeiten einmütig die Gehaltsverträge mit gleicher Mühe heimholt, dann schreiben die Arbeitgeber Peter und Morbia auch dann, wenn die Arbeiterschaft in ihren Forderungen äußerst wichtig ist.

Da wird auch dann von den staatlichen Schlichtungsstellen der Arbeiterschaft vielfach durch völlig unzureichende Schlichtungs- und Verbindlichkeitsverpflichtungen solcher in den Arm gefallen.

Die Arbeiterschaft hat sich bisher immer gefügt. Daß bei solcher Sachlage innerhalb der Arbeiterschaft leicht die Meinung aufkommt, die staatlichen Schlichtungsstellen seien nur für die Unternehmer da, braucht keinen Wunderzuschmen.

Gerade im Jahre 1930, wo die Arbeitgeber bereits einen großen Vorstoß zum Lohnabbau machen, sind viele von den gefällten Schlichtungsstellen, auch wenn sie nur den Status ausdauern, von den staatlichen Schlichtern nicht für verbindlich erklärt worden. Die Begründung war meistens, es läge dafür kein öffentliches Interesse vor. Damit war den Unternehmern für den Lohnabbau Tür und Tor geöffnet. In einer Anzahl von Bezirken ist dadurch ein tariflicher Zustand eingetreten.

Daß sich gerade in diesen Bezirken innerhalb der Arbeiterschaft eine ziemlich verbitterte Stimmung festsetzen muß, die sich bei erster Gelegenheit Luft machen wird, ist leicht verständlich. Für den zukünftigen Wirtschaftserfolg ist dieser Zustand äußerst abträglich.

Die Dessenlichkeit erfährt sehr selten etwas von der Not der Arbeiterschaft in den baustoffherstellenden und grobkeramischen Industriezweigen, weil diese wohl insgesamt ziemlich umfangreich, aber in verschiedene Industriezweige zerfallen, die gegenüber den großen geschlossenen Industrien, wie Eisen-, Stahl-, Chemie-, Papierindustrie usw., einzeln einen verhältnismäßig geringen Umfang haben und so das Auge der Dessenlichkeit nicht besonders auf sich lenken.

Aber gerade in diesen kleinen Industriezweigen ist die Not der Arbeiterschaft auf eine Höhe gestiegen, die kaum zu ertragen ist. Seit Jahren erduldet diese Arbeiterschaft ein hülles Martyrium. Nur einige Wochen im Jahr beschäftigt und davon ein großer Teil ohne jegliche öffentliche Unterstützung, nur die Solidarität ihrer Arbeitsbrüder und -Schwestern hat ihnen bisher einigermaßen Mithalt gegeben.

Das Jahr 1931 wird wahrscheinlich kein besonders günstiges, aber auch kein besonders friedliches werden. Die Arbeitgeber wollen ihre Parole „Abbau der Löhne und sonstigen Ertragsminderungen der Arbeiterschaft“ auf der ganzen Linie nun auch durchführen. Die Arbeiterschaft der baustoffherstellenden und grobkeramischen Industriezweige wird sich zu wehren haben gegen die von den Arbeitgebern beabsichtigte Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft.

Das beste Mittel wird aber sein, wenn sie ihre beste Waffe in diesem Abwehrkampf, den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abteilung Keramischer Bund, so stark macht, daß dieser in der Lage ist, den Kampf erfolgreich führen zu können. Auch die letzten fernstehenden Arbeiter und Arbeiterinnen müssen sich unserem genannten Verband anschließen. Nur wenn das geschieht, kann auch die Arbeiterschaft der baustoffherstellenden und grobkeramischen Industriezweige mit Zuversicht den kommenden Kämpfen entgegensehen.

Dämmert es bei den Arbeitgebern?

Wenn bei Lohn- oder sonstigen Verhandlungen von seiten der Gewerkschaftsvertreter darauf hingewiesen wird, daß hohe Löhne am meisten zur Hebung der Gesamtwirtschaft beitragen und eine Kürzung nur ein weiteres Absinken der Wirtschaftslage zur Folge hat, so wird das von den Unternehmern bestritten.

In der Fachzeitschriften der Unternehmer wird dann den Gewerkschaftsvertretern womöglich Insinuationen in wirtschaftlichen Dingen vorgebracht. Aber man sagt, daß nur das Agitationsbedürfnis sie zu solchen Ausführungen verleite.

Daß aber manchmal auch bei den Unternehmern die Erkenntnis etwas durchdringt, zeigen Ausführungen, die in der „Konjunkturzeitung“ Nr. 89 vom 11. Dezember 1930 in der Rubrik „Vom Tage“ gemacht wurden.

In dieser Rubrik erfolgt meist eine Besprechung der Konjunktur- und Weltmarktverhältnisse, Preisbewegung und verschiedener anderer Dinge. So sind auch in obiger Nummer unter obiger Rubrik mit dem Untertitel: „Noch lange nicht über den Berg“ Ausführungen enthalten, die vermuten lassen müßten, daß auch bei den Unternehmern die Einsicht Platz greift, daß die Lohn- und Gehaltskürzungen zum weiteren Ruin der Wirtschaft beitragen.

Es wird dort bei Besprechung der Preisentzugsaktion folgendes gesagt:

Andererseits beträgt der Anstieg an Arbeitseinkommen im Jahre 1930 4 Milliarden Reichsmark, der erst mal durch weiteren Preisabbau einigermaßen ausgeglichen werden muß, ehe an allgemein bessere Absatzmöglichkeiten gedacht werden kann.“

Die Forderungen von Arbeitnehmerseite, daß erst eine Preisherabsetzung erfolgen müsse, ehe an eine Lohnkürzung gedacht werden kann, erfahren durch die Ausführungen der „Konjunkturzeitung“ eine Stütze. Man kann daraus entnehmen, daß die Verminderung des Einkommens der Arbeitnehmer durch Lohnkürzungen ein weiteres Absinken unseres Wirtschaftslebens herbeigeführt hat. In weiteren Ausführungen wird auch bestätigt, daß durch Lohn- und Gehaltskürzungen keine Besserung erzielt werden kann. Der Bearbeiter der Rubrik schreibt noch folgendes:

„Die wachsende Arbeitslosigkeit, die fortwährenden Lohn- und Gehaltskürzungen, die Verminderung des Einkommens der Unternehmer und der Landwirtschaft werden eine weitere Verringerung der verfügbaren Aufträge bewirken.“

Wer nun aber glauben sollte, daß nun bei den Arbeitgebern die Einsicht einleuchte und daß jetzt mit dem Lohnabbau Schluss gemacht werden muß, wird eine große Enttäuschung erleben. Gerade bei den Arbeitgeberlesern der „Konjunktur-

zeitung“ aus den Industrien Steine und Erden scheint die Lohnabbauhysterie noch zugenommen zu haben. Fast alle Lohnverträge, die zum Jahresabschluss kündbar waren, sind von den Arbeitgebern gekündigt zum Zweck des Lohnabbaues. 10, 15 bis 20 Proz. und noch mehr hält man als Abbau für notwendig. Inbessenen erfinden fast alle Industriezweige an den Vorräten. Auch bei den Arbeitgebern in den Industrien Steine und Erden treffen die Worte zu: „daß sie nichts gelernt und nichts vergessen haben“. Es wird noch lange dauern, ehe bei den Arbeitgebern eine vernünftige volkswirtschaftliche Einsicht Platz greift.

Daß gegen Arbeiterorganisationen macht Unternehmer blind.

In der Unternehmersfachzeitschrift „Ziegel und Zement“ Nr. 68 vom 28. Dezember 1930 leitet sich Herr Theodor Schmidt, Sorau, der sich als Kartellgegner ausgibt, in einem Aufsatz, der mit „Sein oder Nichtsein“ überschrieben ist, folgenden Satz:

„Das Organisieren ist eben, wie alles andere, ein „Geschäft“, bei dem nicht die organisierten Mitglieder, sondern die Leiter der Organisationen das sogenannte Fett abschöpfen, genau so, wie wir es bei den verführten Arbeitern beobachten, die auch ihre Groschen nur zur Erhaltung einiger hunderttausend Bongen hingeben, um selber erwerbslos zu werden.“

Das zeigt davon, daß Herr Theodor Schmidt nicht einen blaffen Schimmer von den Organisationen der Arbeiterschaft hat. Wahrscheinlich hat er auch keine Kenntnis nur von den Scharfmacherblättern bezogen, die in blinder Wut gegen die Organisationen der Arbeiterschaft nur ungereimtes Zeug verzapfen. Würde er sich nur einmal der Mühe unterzogen haben, die Jahrbücher der Gewerkschaftsorganisationen durchzuschältern, so würde er das Unsinnige seiner Ausführungen sofort gemerkt haben.

Freilich wenn Leiter von Ziegelverkaufsstellen 70 000 RM Einkommen beziehen und dann noch 400 000 RM für persönliche Bedürfnisse aus der Kasse entnehmen, kann einer leicht auf den Gedanken kommen „Fettabschöpfen“ der Organisationsleiter kommen und dann glauben, daß auch die Leiter der Arbeiterorganisationen solche Summen, wie vorstehend, in ihre Taschen stecken. Aber nur ein oberflächliches Studium der Veröffentlichungen der Gewerkschaften würde ihn überzeugen haben, wie unsinnig seine Ausführungen sind.

Nur einen geringen Bruchteil dessen, was einzelne Leiter von Kartellen und Verkaufvereinigungen an Einkommen haben, beziehen Organisationsleiter der Arbeiterschaft als Gehalt. Der größte Teil der Einnahmen aus Beiträgen fließt den Mitgliedern der Gewerkschaften in Form von irgendwelchen Unterstützungen wieder zu. Doch das alles wird aber Leute, wie Herr Theodor Schmidt, Sorau, nicht abhalten, auch in Zukunft ihre Verleumdungen gegen die Arbeiterschaft und ihre Organisationen zu schleudern.

Daß aber ein ernst genommen sein tollendes Unternehmerschicksal sich ungereimtes Zeug kommentarlos ausdrückt, zeigt auch davon, daß in manchen Kreisen kein Mittel zu schlecht ist, den Arbeiterorganisationen eins auszuwickeln. Mit Verlegenheit drückt man dann selbst das blödsinnigste Zeug ab nach dem Motto: „Der Zweck heiligt die Mittel.“

Groß-Königsdorf bei Bln.

Necht eigenartige Zustände schmelten in dem Betrieb der Firma Grob Peter & Lindemann & Co. Steinzeug- und Ziegelfabrik in Gr. Königsdorf zu herrschen. Seitdem die Organisation in diesem Betrieb Fuß gefaßt, scheint es mit der Ruhe des Direktors Bender und seines treuen Handlangers, des Betriebsleiters Sprenger zu Ende zu sein. Bei dem geringsten Vergehen haest es Strafen. Für den Bruch werden die betreffenden Arbeiter haftbar gemacht. Vor Kurzem hat man zwei Arbeiter, denen ein Arbeiterrichter beim Austragen des Ofens verunglückte, mit 450 RM bestraft. In dem Schreiben an die beiden Täter teilt die Firma mit, daß, weil keiner gesteht, wem der Trichter zu Bruch gegangen, beide für den Schaden haftbar sind. (Eine eigenartige Rechtsauffassung.) Zum Schluss befaßt das Schreiben: Der Betrag wird Ihnen bei der nächsten Lohnzahlung in Abzug gebracht. Der Trichter (die Firma meint wohl die Scherben?) geht damit in Ihren Besitz über und kann derselbe jederzeit abgeholt werden. Das Werk übernimmt ab heute für die Aufbewahrung derselben keine Haftung.

Beide haben die Scherben bezogen. Es bleibt wohl ein Rätsel, wie sie von beiden benutzt werden sollen, da einer in Verahelm und der andere in Bln. wohnt.

Die Ofenleute müssen oft bei einer Temperatur von 60 bis 90 Grad die Ofen entleeren. Eine Pause gibt es nicht. Woche dem, der es wagt, sich zu verschauen, sofort bekommt er allerhand Liebeswürdigkeiten an den Kopf geschleudert. Ganze Arbeit geht, trotzdem sie im Stundenlohn verrichtet werden muß, im Kaufschritt. Der Herr Betriebsleiter Sprenger, der von praktischer Arbeit wenig versteht, versucht, sich der Firma gegenüber durch sein raffiniertes Untertun nützlich zu machen.

Dieser Herr ist überhaupt eine besondere Marke. Im angetrunkenen Zustande hat er sich den Gästen gegenüber geäußert, daß, wenn der schwebende Prozeß weitergehen sollte, er den ganzen Arbeiterrat auf die Straße werfen wollte. Pause genug hat sich die Belegschaft die Grobheiten dieses Mannes helen lassen. Die Arbeiterschaft ist nur aus länderlicher Bevölkerung zusammengesetzt, und trotzdem ist es zu verwundern, daß sich der lang zurückgehaltene Groll nicht explosionsartig entladen hat. Die eigenen Worte des Herrn Sprenger bezeichnen seinen Charakter. Vor Kurzem sprach er im Vertrauen der Überzeugung, natürlich nicht weit von der Türe entfernt, folgende inhaltsreiche Worte:

Im Betriebe sind 130 Kommunisten (süchtbar Herr Sprenger), viele Bande kann nur mit der Narre im Schach gehalten werden.

Wahrdöhne werden von der Firma diktiert. Wer nicht auf seinen Stundenlohn kommt, ist ein Faulenzer, und soll nur froh sein, daß man ihn noch buldet.

Die Firma legt den Betrieb am 1. Dezember 1930 wegen Arbeitsmangel still. Man flüchtet sich auch ins Obere, daß durch diese Maßnahme die junge Organisation zertrümmert werden soll.

Es ist angebracht, daß die Firma ihren Angestellten Anweisungen erteilt, wie man mit Meiden umzugehen hat, wenn ihr Ruf nicht ganz in Mitleid geraten soll. Die dort Beschäftigten haben durch ihren jahrelangen Fleiß die Firma zu dem gemacht, was sie heute ist, ein reiches Unternehmen.

Der Mohr hat keine Schuldigkeit getan, er kann gehen. — Für die Arbeiterschaft gilt aber das, was auch während ihrer Tätigkeit im Vertriebe Grundlag war: Die einzige Interessenvertretung ist und bleibt der Keramische Bund, Abteilung des Fabrikarbeiterverbandes.

Die Verwendung mechanischer Kraft in der Ziegelindustrie.

Die statistischen Erhebungen über die Verwendung mechanischer Kraft in der Industrie wurden im Anschluß an die Vervollständigung von 1925 durchgeführt. Zu dieser Generalstatistik der menschlichen Arbeitskraft folgte mit der Föhlung der verwendeten Kraftmaschinen die notwendige Ergänzung gegeben werden. Wertvoll ist eine solche Statistik einmal, weil sie ein ziemlich korrektes Bild vom Verhältnis gibt, in dem die einzelnen Industriezweige Energie verbrauchen, womit man gleichzeitig Einblick in die energiewirtschaftliche Struktur der einzelnen Industrie erhält. Zweitens lernt man so den Anteil kennen, den Mensch einerseits, Maschine andererseits an der Produktion haben und der natürlich in jeder Industrie ein anderer ist. Schließlich könnte man, was hier übrigens nicht getan ist, die Betriebe einer Branche nach Größen ordnen und feststellen, wie weit die Verwendung mechanischer Kraft auf die Einheit der menschlichen Arbeitskraft berechnet überhaupt geht.

Unter Ziegelindustrie sind hier im weiteren Sinne auch die verwandten Gesteinbearbeitungen einbezogen, die sich mit der Herstellung künstlicher Mauersteine befassen, und zwar in der Hauptsache die Kalksandstein-, Schwemmstein- und Schlackenindustrie. In der ganzen Gruppe gibt es 4049 Wirtschaftseinheiten mit Verwendung motorischer Kraft, wovon allein 3708 auf die Herstellung von Mauer- und Dachziegeln entfallen. In der Kalksandsteinindustrie sind fast alle Betriebe mit Motoren versehen, in der Schwemmsteinindustrie dagegen kaum 25 Proz. Starke Differenzen bestehen in der Art der Antriebskraft. Die eine Industrie mag vorzüglich mit eigener Maschinenkraft arbeiten, die andere mit Elektromotoren, deren Strom vielleicht vom Fremderzeuger bezogen, vielleicht auch selbst erzeugt wird. Die eine Industrie wird ihre Arbeitsmaschinen mit Primärmotoren direkt antreiben, die andere wird die Erzeugung ihrer eigenen Kraftmaschinen durch den Dynamo laufen lassen, den erzeugten Strom dann zum Antrieb ihrer Elektromotoren benutzen, die ihrerseits zum Antrieb von Arbeitsmaschinen dienen. Aus der folgenden Tabelle geht das Verhältnis der Antriebsarten hervor. Gegenübergestellt sind der motorischen Leistung die beschäftigten Personen aller (also nicht nur der motorisierten) Betriebe, um einen Vergleich zwischen menschlicher und mechanischer Arbeitskraft in den einzelnen Abteilungen der Gruppe zu ermöglichen.

Wirtschaftseinheiten	Beschäftigte Personen	PS Leistung der primären Motoren	PS Leistung der zum Antrieb von Arbeitsmaschinen verwendeten Elektromotoren
Mauersteine und Dachziegel	4860	144 841	163 738
Kalksandstein	181	4 274	8 727
Schwemmstein	424	5 245	421
Schlackenindustrie	89	1 485	363
andere Kunststeine	14	775	234
Ziegelindustrie insgef.	5558	156 620	173 483

Das energiewirtschaftlich gesehen wichtigste Moment ist in der Ziegelindustrie der hohe Anteil der eigenen (primären) Kraft erzeugung am Energiebedarf. In der eben aufgeführten Aufzählung kommt das nicht korrekt zum Ausdruck, weil von den Elektromotoren erst festzustellen ist, ob sie mit Eigen- oder mit Fremdstrom betrieben werden. Andererseits läßt sich aus der obigen Tabelle nicht die ganze Eigenkraft erzeugung der Industrie ableiten, weil fremder Strom bei der Bedienung des Bedarfs mitwirkt. Von 4582 Niederlassungen (also nicht Wirtschaftseinheiten), die mit Kraftmaschinen ausgestattet sind, verfügt 3284 über eigene Kraft erzeugung und der Rest nur über Elektromotoren. Allgemein wird man die Beobachtung machen können, daß der Anteil der eigenen Kraft erzeugung am Bedarf mit der Größe des Betriebs steigt, während der kleine Betrieb sich mit Elektromotoren begnügen muß, obwohl die eigene Kraftmaschine rentabler ist. In der folgenden Tabelle ist die Eigenenerzeugung der Ziegelindustrie an Kraft sowie die Verwendung der erzeugten Kraft angegeben.

Art der Maschinen	Rennleist. in PS	Darvon dienen zum Antrieb von Arbeitsmaschinen	Strom erzeugend
Mauer- u. Dachziegelherstellung	3 725	206 072	175 677
Kalksandsteinindustrie	207	10 992	9 188
Schwemmsteinindustrie	45	680	445
Schlackenindustrie	28	766	855
andere Mauersteineind.	9	350	210
Ziegelindustrie insgef.	4 071	217 860	185 870

Rund 14 000 PS (800 Kraftmaschinen) standen zur Zeit der Erhebung in Reserve. Wie aus der Tabelle ersichtlich ist, ist der Anteil an der gesamten Rennleistung, der zum direkten Antrieb von Arbeitsmaschinen verwendet wird, außerordentlich groß. Er beträgt mehr als 90 Proz. der aktiven Leistung. Weniger als 10 Proz. werden zur Erzeugung von Strom benutzt. Nur 475 Betriebe sind mit Stromerzeugern versehen, und darunter sind 64 Betriebe der Kalksandsteinindustrie. Die Erzeugung genügt natürlich nicht annähernd dem Strombedarf, von dem man in der ersten Tabelle bereits Kenntnis hat. (Genau lassen sich die Zahlen der ersten und der zweiten Tabelle nicht vergleichen, weil die erste nach der Wirtschaftseinheit (Zweig), die zweite nach technischen Einheiten orientiert ist.) Der Bedarf wird repräsentiert von 6230 Elektromotoren mit einer Nennleistung von 93 268 Kilowatt, wovon übrigens 10 164 Kilowatt in Reserve standen. Außerdem sind 81 rotierende Umformer mit einer Nennleistung von 3940 Kilowatt und 87 Elektrowerkzeuge in Gebrauch.

Der weitaus größte Teil des Strombedarfs der Ziegelindustrie muß also vom Fremderzeuger bezogen werden. Es läßt sich nicht ohne weiteres daraus schließen, daß der Strombezug von der Industrie für rentabler erachtet wird als die Eigenenerzeugung, denn die Kapazität der eigenen Kraft erzeugungsanlage ist ziemlich vollständig ausgenutzt. Immerhin kann man annehmen, daß bei den großen Unternehmungen die Werbung der Elektrizitätserzeuger erfolgreich war und die Strompreise von ihnen so weit gesenkt wurden, daß sich der Bezug billiger stellte als die eigene Erzeugung. Jedenfalls erzeugen nur noch 204 Betriebe der Ziegelindustrie ihren gesamten Strombedarf selber, 91 weitere Betriebe arbeiten teils mit Eigen- teils mit Fremdstrom und alle übrigen beziehen ihren Strom ausschließlich vom fremden Erzeuger.

Was die verwendeten Primärmaschinen anlangt, so ist die Stellung der Kolbendampfmaschine beherrschend. Einige wenige Windmotoren und Wasserräder spielen eine ganz unerhebliche Rolle, und 22 Wasserturbinen mit 416 PS Gesamtleistung haben ebenfalls keinen typischen Wert. Die moderne Tendenz der Abwanderung von der Kolbendampfmaschine zur Dampfturbine macht sich in der Ziegelindustrie bisher wenigstens nicht bemerkbar. Man zählt nur 21 Dampfturbinen mit einer Gesamtnennleistung von 827 PS. Für Gas- und Dieselmotoren kann man eine gewisse Befriedigung beobachten, unter der aber die Position der Kolbendampfmaschine nicht leidet. Die wichtigsten Maschinen der Mauer- und Dachziegelindustrie wie der Kalksandsteinindustrie sind hier zusammengefaßt.

Mauer- und Dachziegelherstellung	Zahl der Betriebe	Rahl der Maschinen	Darvon in Reserve	Rennleist. in PS	Darvon in Ref. (PS)
Kolbendampfmaschinen	2676	3072	179	186 404	11 149
Schwerdampfmaschinen	261	292	22	9 778	654
Gasmotoren	135	146	8	5 742	220
Leichtdampfmaschinen	172	200	31	1 909	267
Kalksandsteinindustrie					
Kolbendampfmaschinen	171	180	18	10 187	904
Schwerdampfmaschinen	11	15	3	568	77
Leichtdampfmaschinen	8	8	2	79	18

Rudolf Wachtel, Charlottenburg.

Geweine und Zahlstellen

Braunschweig.

Am 30. Dezember 1930 verstarb der Mitgründer der Zahlstelle Braunschweig des Verbandes der Fabrikarbeiter, Johann Waltrudt, im Alter von 77 Jahren. Während vierzig Jahren war er ununterbrochen Mitglied unserer Organisation, bis ihn der Tod von seinem proletarischen Leben entfernte. Er war ein ausgeprägter Typ eines aufrichtigen Arbeiters. In den verschiedenen Betrieben hat er gearbeitet, um für sich und seine Familie den Lebensunterhalt zu verdienen. Überall, wo er Arbeit angenommen hatte, wirkte er für die Ausbreitung der Organisation.

Seit ungefähr acht Jahren ist er Invalide gewesen. Seit dieser Zeit hat sich sein proletarisches Leben noch verschlechtert. Kranklich und abgemattet, mußte er sein Leben mit einer unzulänglichen Invalidenrente fristen. Er begrüßte es mit Freude, als in diesem Jahre auch der Verband eine Invalidenrente eingeführt und er sowie seine Frau, die ebenfalls seit Jahren Mitglied des Verbandes ist, einen Zuschuß zu ihrem geringen Einkommen erhalten konnten.

Er war ein treuer Gewerkschafter. Der Verband war für ihn alles. Wir danken für diese Freie dem Mitgründer unserer Zahlstelle und stellen ihn als leuchtendes Beispiel unserer jüngeren Mitglieder entgegen. Sein gutes Beispiel werden wir Überlebenden über sein Grab hinaus nachahmen und sein Andenken in Ehren behalten.

Merseburg.

Groß ist die Not, gewaltig das Elend, das heute auf allen Volksschichten lastet. In dieser außerordentlich schweren Zeit wird wieder einmal bewiesen, wie groß und stark trotz aller Zweifel und Feinde die Verbundenheit und der Gedanke der Solidarität innerhalb der organisierten Arbeiterschaft verankert ist. Die Zahlstelle Merseburg des Verbandes der Fabrikarbeiter hat angesichts der großen Not, von der ein Teil der Kollegen betroffen ist, zu einer Hilfsaktion aufgerufen. Der Aufruf führte zu einem prächtigen Erfolg, so daß die Zahlstellenverwaltung möglich ist, neben der Sonderunterstützung an alle ausgefallenen Kollegen noch eine lokale Unterstützung zu gewähren. Infolge der großen Opferwilligkeit der gesamten Mitgliedschaft war es möglich, an die ausgefallenen Kollegen, je nach ihrer Verbandszugehörigkeit, Beträge von 6 bis 15 RM zur Auszahlung zu bringen. Die Verwaltung sagt hiermit namens der ausgefallenen Kollegen den Funktionären und all den Gebern ihren herzlichsten Dank. Solidarität ist der Grundpfeiler, auf dem wir stehen, und Solidarität ist das Lösungswort, mit dem die Arbeiterklasse all ihre Feinde niederringen wird.

Literarisches.

Taschenbuch Nr. 1931, 2 Bände. Verlag Keramische Rundschau G. m. b. H., Berlin NW 21, Geb. 4 RM.

Das in bekannter handlicher Form erschienene Taschenbuch für Keramiker 1931 vereinigt in der neuen Ausgabe einen reichhaltigen, wertvollen Textteil mit einem umfangreichen Schreibkalender, der genügend Raum für den täglichen Merkbedarf bietet. Das Taschenbuch ist in seinem gesamten, ausgestalteten Inhalt den fachmännischen Bedürfnissen wieder aufs engste angepaßt, weshalb es ihm auch in diesem Jahre an einer freundlichen Aufnahme nicht fehlen dürfte.

Interessenten wollen sich an den genannten Verlag wenden. „Das neue Bild“, das Organ der Arbeiter-Lichtbild-Bundes, das sich ausschließlich der Pflege von Film und Photo in der Arbeiterbewegung widmet, ist auf bestem Kunstdruckpapier hergestellt und kann für 40 Pf. monatlich bei jeder Volksbuchhandlung und Postanstalt bestellt werden. Probehefte sendet der Verlag der Neuen Gesellschaft Berlin S 42, gegen Ueberweisung von 50 Pf. in Briefmarken, einschl. Porto. Sie können aber auch in jeder Volksbuchhandlung eingesehen werden.

„Steuerersparnis für Beamte, Angestellte und Arbeiter“ von H. Schäfer, Verlag Waldemar Kathan, München N 23. Preis 1,95 RM. Es ist immer gut, wenn man in Steuersachen Bescheid weiß. Da man alle Bestimmungen nicht im Kopfe haben kann, ist es gut, man hat ein Nachschlagewerk mit Hinweisen und Beispielen, nach denen man sich richten kann. Der Verfasser hat in dem Werkchen zusammengestellt, was man braucht, um in Steuersachen der Beamten, Angestellten und Arbeiter Bescheid zu wissen. Wer interessiert ist, möge das Buch beim bezelagten Verlag bestellen.

Die Monatszeitschrift der Bäckergilde Gutenberg erscheint ab Januar 1931 32 Seiten stark und in Magazinformat. Diese Zeitschrift erhalten die Mitglieder der Bäckergilde kostenlos. Neben interessanten literarischen Aufsätzen bringt die Zeitschrift „Die Bäckergilde“, die stets reich illustriert ist, populärwissenschaftliche Beiträge, moderne Lyrik und fesselnde Erzählungen. Das erste Heft 1931 enthält u. a. einen größeren Aufsatz über Dostojewski (anlässlich der 50. Wiederkehr seines Todestags) und einen Artikel über Sinclair Lewis, dessen bester Roman „Babbalanza“ im ersten Quartal 1931 von der Bäckergilde zum Mitgliederpreis von 3 RM herausgebracht wird.

Verbandsnachrichten

Ausschlüsse.

Ausschlüsse 10. Januar wurde gemäß § 14, Ziffer 3a, in Verbindung mit § 14, Ziffer 5, des Verbandsstatuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle Arzberg (Oberfr.): Eduard Schürer, Mitgliedsnummer P 55 887; ferner auf Grund des § 14, Ziffer 3a in Verbindung mit § 14, Ziffer 5 die bisherigen Mitglieder der Zahlstellen: Viesefeld: Karl Giller, Buchnummer 889 081; Brunsbüttelkoog: Oskar Roberstein, Buchnummer 960 294; Paul Kabisch, Buchnummer 542 313; sowie gemäß § 14, Ziffer 3a in Verbindung mit § 14, Ziffer 5 des Verbandsstatuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle Elbingen (Ost): Fritz Klapproth, Buchnummer 1 017 598.

Arbeitsmarkt.

Inlerate unter Chiitren werden nicht angenommen.)
Tüchtiger Glasmacher auf Flakon, Medizin usw. zum Woben und Abwägen wie auch Vorstreichen, und auf Flaklen eingearbeitet, 24 Jahre alt, sucht sofort Stellung im An- oder Ausland. Angebote sind abzugeben an: Alois Silbermann, Riesenberg (Bayern), Untere Waggasse 63.

Nicht umsonst ist die Sozialdemokratie in die Schule von Karl Marx gegangen. Sie weiß, welche gewaltige, neue Leben erweckende Schöpferkraft in der Produktion steckt, und für hat sie den Gedanken erfaßt, daß sich der allgemeine Wohlstand erst über diese Erde verbreiten wird, wenn durch die Entfaltung der Technik die riesigen Kräfte der Natur in den Dienst des Menschen gestellt sind und sich unter Reichum an materiellen und geistigen Gütern verdoppeln und verdreifachen wird. Die technische Verbesserung der Produktionsmittel predigt der Gesellschaft die Möglichkeit einer Befreiung der Menschheit von der niederdrückenden Last körperlicher Arbeit. Die Entstehung der großen selbstwirtschaftlichen Verbände zeigt die Wirklichkeit einer bewußt ordnenden gesellschaftlichen Tätigkeit im großen Stile. Und der ökonomische Sozialismus ist nichts anderes als die planmäßige Anwendung der Produktionsmittel und die geregelte Verteilung der erzeugten Güter durch gesellschaftliche, auf weitgehender Selbstverwaltung ruhende Körperschaften.

Paul Kampffmeier („Die Sozialdemokratie im Lichte der Kulturgeschichte“, Verlag Buchhandlung Vorwärts).

Der Nazispiegel.

Berliner Nationalsozialisten haben ihre Führer naturgetreu photographiert. Der Text dieser Photographie lautet so:
Berlin, den 12. Dezember 1930.

Hg. SA-Kameraden!

Die soeben beendete Tagung des Reichstages hat unsere Ausführungen im Schreiben vom 18. November so klar bestätigt, daß es klarer kaum noch möglich ist. 107 Abgeordnete haben wir nun schon glücklich — und was tun und erreichen sie? In den Reichstagsverhandlungen gebärden sie sich noch revolutionärer als revolutionär, denn das macht ja einen so schönen und vorzüglichen Eindruck auf die Wähler und Hg., um so schneller legen sie aber ihre revolutionäre Miene — einen Anzug, den man wechelt — ab, wenn es an die Einlassung der Diäten geht. Gar nicht schnell genug kann es gehen, wenn sie — ja! in man versucht zu sagen in „jüdischer Diktatur“ — zur Kasse eilen, um die Tagelöhner einzubehalten und sich dann in feinen Autos und in glänzend gearbeiteten Gesellschaftsanzügen in die besten Theater und Bars zu begeben. Selbst bürgerliche Zeitungen, wie „12-Uhr-Mittag“ vom 8. Dezember, machen sich schon darüber lustig, wie Dr. Goebbels sich in der Sträßischen Oper amüsierte, während die Hg. am Rollendortplatz gegen den Film „Im Westen nichts Neues“ demonstrieren.

Es muß doch zu schön sein, im Smoking auf den besten Plätzen sich den Bourgeois zu präsentieren und sich während der Partien in den Wandelgängen mit den „Kollegen“ von der Deutschen Nationalen und der Deutschen Volks-Partei, den Großkapitalisten, Industriellen und reaktionären Beamten begrüßen, und von den neuen Verdienen sich als M. d. R. bewundern zu lassen.

Sachlich: Es ist eine Lust zu leben. Kämpfen wir dafür für unsere nationalsozialistische Idee? Opfern wir, damit es unseren Führern nur recht und gut geht. Kraft, Zeit und Geld — stets einverstanden auch mit unserem Leben?

Hg. SA-Kameraden!

Nacht mit uns Front gegen die Ausbeuter. Dabei auch nicht das jeder Gegenstand unter unseren Führern sich aus Anlehn der Bewegung einen Kuratorkommissionen laßt. Wir sind genug die letzten, die sich dagegen wenden würden, daß sich die Bewegung jeden Fortschritt der Technik zu macht, dazu gehören natürlich auch heute Automobile. In es aber nötig, daß das Geld durch den Ankauf luxuriöser ausgeschalteter Wagen für einzelne Führer verschwendet wird, die dank unserer Opfermühen wertvollsten und bezahlte Stellen in der Partei bekleiden?

In unserem nationalsozialistischen Jahrbuch 1931 rebet Dr. Goebbels mit Recht dem neuen nationalsozialistischen Lebensstil das Wort und wendet sich gegen die üble Spießkammer auf Konsumkonsumier und Bierzöpfeln usw. die Gesundheit zur Schau zu tragen.

Was tut er aber selbst?

Nach vor kurzem brachte der „Angriff“ Annoncen, in denen Geschäftsführer in Galanterieform angepriesen werden. Der „Tägliche Beobachter“ unteres Adolf Hitler verleiht für den Preis der Angelegen die Besinnung in gleicher Weise.

Schlimm genug auch, daß Dr. Frid sich neuerdings zum Hüter des Verfaller Vertrages aufwirft. Nie haben wir die Rechtmäßigkeit des Verbotes sogenannter „militärischer Übungen“ anerkannt. Frid aber beantragt das Verbot der Reichsbannerortsguppe Gera in Thüringen wegen solcher Übungen und beruft sich dabei auf den Verfaller Schandvertrag, der doch das beste Agitationsmittel für den Aufstieg unserer Partei ist. Ist Frid so dumm, nicht zu begreifen, daß er damit der schwarz-roten Koalition in Preußen das Recht zuerkennt, unsere SA zu verbieten, wenn wir bei Ausmärschen Übungen machen, die angeblich militärisch sind? Oder verrät er bewußt unser außenpolitisches Programm durch nunmehrige Anerkennung des Verfaller Vertrages?

„Gegen Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens!“
Sie — die Dummheit — würde ihn gewiß entschuldigen, nicht aber unsere Bewegung, die solche Leute als Führer duldet. Für die bewußte Anerkennung des Verfaller Vertrages gibt es überhaupt keine Entschuldigung.

Warum bedrängt man aber auch immer wieder Akademiker bei der Behebung wichtiger Führerstellungen? Auch in Berlin sieht es in dieser Hinsicht übel aus. Einen Doktor der Philosophie haben wir als Gauleiter, zwei Studienräte in maßgebender Position im Gaubüro, Steuermotoren werden jähigen Arbeitern bedrängt. Unseren Hg. Engel lassen die Bogen der Gauleitung gütigerweise in der Vertriebszellenbewegung arbeiten. Da ist Engel unter Feindesgleichen. Das Gaubüro und die Gauleitung werden aber möglichst arbeiterfrei gehalten. „Gau“ — „Gau“ — wir uns eigentlich Nationalsozialist — Deutsche Arbeiterpartei? Damit die Herren Akademiker die Führerpositionen bekleiden?

„Gau“ — „Gau“ — ohne Anlehen der sogenannten „Bildung“, die doch nicht — Lüneburg ist, brauchen wir an der Spitze. Keine Akademiker, keine Reichsclappen. Erst recht nicht an der Stelle des ersten Führers der Partei. Ist es eines deutschen Mannes würdig, wenn er bei jeder Gelegenheit — sei es auch nur aus Theaterspielerei — Tränen vergießt? Ihr, die Ihr demal 1. August September an der Versammlung der SA im Kriegsbereitschaftshaus teilnahm, werdet Euch erinnern, wie Adolf Hitler unter Vergießen von Tränen uns beschwor, „Vieltrakt und Streit zu vergessen und einzig weiter zu kämpfen. Das gleiche Schauspiel hat sich am 30. November bei der Besprechung der oberen SA-Führer in München jetzt zweimal wiederholt. Das erstmal, als er von einem SA-Kameraden sprach, den er wegen Baffenstragens aus der Partei ausgeschlossen hatte. Das zweitemal, als er von den Opfern redete, die er als Führer der Bewegung dieser bringe. Ihm sei als Führer der Bewegung jede Lebensfreude genommen, beteuerte er unter Tränen.

Ist das das Ideal eines echten deutschen und mutigen Mannes, der schon in der Parteiarbeit psychopathische Anwandlungen bekommt? Was soll erst im Dritten Reich werden?

Einige Hg. und SA-Kameraden.

Dieses Schreiben ist vervielfältigt ins Reich hinausgegangen in die Hg. (Parteienoffen) und SA- (Sturm-Abteilungen) Kameraden. Das Schreiben ist so klar und wahr, daß wir gar nichts hinzuzufügen brauchen.



Aus den Anfängen der proletarischen Frauenbewegung.

Noch nie haben es die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen leicht gehabt im Lebenskampf. Einen schweren und mühsamen Kampf mußten gerade die proletarischen Frauen um ihr Recht im wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben führen. Es gibt darüber manche interessante Veröffentlichung. Die Probleme wurden auch interessant genug aufgezeigt, besonders durch August Bebel's Buch: Die Frau und der Sozialismus. Kürzlich kam auch ein wertvolles Buch über „Die Frauenfrage im Lichte des Sozialismus“ heraus, welches von Anna Bloss, (unter Mitwirkung von Adele Schreiber, Luise Schröder und Anna Genet) herausgegeben wurde. Adelheid Kopp, unsere verdiente Wiener Vorkämpferin für Frauenrechte, hat jetzt ein Buch herausgebracht unter dem Titel: „Der Weg zur Höhe“. Sie schildert darin die Kämpfe und Leiden der Frauen in Oesterreich zu Beginn der Frauenbewegung. Ganz richtig stellt die Verfasserin an die Spitze ihrer Betrachtungen, daß die Frauen Leidtragende und Unterdrückte zu fast allen Zeiten der Menschheitsgeschichte waren. Ausgehend von den Kämpfen der Frauen z. B. der französischen Revolution schildert sie wie tapfer und mutig die Kämpfe geführt wurden, trotz Verfolgung, Mißachtung, Knechtung und anderer Schikanen ließen viele tapferere Frauen sich nicht von ihrem Kampfe um Gleichberechtigung und Anerkennung, also nicht zum großen Meer der Indifferenten abdrängen. Und besonders die organisierten Arbeiterinnen im alten Oesterreich ließen sich nicht niederzwingen. Dort wurde 1890 der erste „Arbeiterinnen-Bildungsverein“ gegründet, zum Zwecke der Verbreitung von Bildung und Wissen unter den Frauen. In Versammlungen und Zeitungsartikeln wurde auf die Lage der Arbeiterinnen aufmerksam gemacht und zum Zusammenstoß aufgefordert. 1892 wurde auch eine besondere „Arbeiterinnen-Zeitung“ geschaffen, während bis dahin die seit 1890 in Deutschland erscheinende „Gleichheit“ auch von den österreichischen Massengenosinnen bezogen wurde. Manche junge Arbeiterin und manche ältere oder sogar kränklige Arbeiterfrau kämpfte mit an der Spitze der Bewegung gegen das veraltete System, daß zwar die Frauen als Arbeiterinnen und Gebärenden für gerade gut genug hielt, sie im übrigen aber von allen Rechten im öffentlichen und politischen Leben ausschloß. Die Forderungen der Frauen gingen vornehmlich dahin: gleiches Wahlrecht und bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Mehrfach streikten die Arbeiterinnen für ihre Forderungen um bessere Löhne und gerechte Behandlung. Fast immer hatten die Streiks ein gerichtliches Nachspiel wegen irgendwelcher Verstöße gegen die bestehende Ordnung. Oft wurden die Führerinnen zu Geld- oder Gefängnisstrafen verurteilt.

Das war in anderen Ländern natürlich meist ebenso. Viele solcher Fälle sind bekannt. Überall zeigte der profitgierige Kapitalismus das Bestreben, durch die Frauenerwerbsarbeit besondere Ausbeutungsgelegenheit zu eröffnen und zu erhalten. Ein Aufleben dagegen seitens der Arbeiterinnen suchte man mit allen Mitteln zu unterdrücken. Dabei finden wir dann auch in Deutschland mutige und klassenbewusste Arbeiterfrauen, fähig und jederzeit bereit für Frauenrechte zu kämpfen. Nachdem ein von bürgerlichen Frauen gegründeter Verein zur Fortbildung und geistigen Anregung der Arbeiterfrauen nach etwa zweijährigem Bestehen im Jahre 1871 wieder einging, wurde 1872 in Berlin der „Arbeiterfrauen- und Mädchenverein“ gegründet. Energetische und zielbewusste Arbeiterinnen traten in den Vordergrund und übernahmen

die Leitung. Die Tätigkeit des Vereins war darauf gerichtet, Belehrung und Aufklärung unter den Arbeiterinnen zu verbreiten. Nach Abhaltung von Versammlungen auch in anderen Orten des Reiches breitete sich der Verein bald weiter aus. Über diese Erfolge waren nicht von allzulanger Dauer, denn das Auge des Gesetzes machte. Auf Grund des famosen § 8 des Vereinsgesetzes, welcher die Teilnahme der Frauen an politischen Vereinen untersagte, wurden die Leiterinnen strafrechtlich verfolgt, zu empfindlichen Geldstrafen verurteilt, der Verein durch Gerichtsurteil aufgelöst, schließlich den Frauen das Koalitionsrecht verweigert. Einige Frauen wurden zu Gefängnis verurteilt, weil sie in den Versammlungen bzw. mit ihren Neben „Beleidigungen“ ausgeprochen hatten. Eine Führerin wurde mit ihrem Manne bei Inkrafttreten des Sozialistengesetzes aus Deutschland befördert. Doch wiederum und nicht ohne Erfolg wurde im Jahre 1881 der Versuch unternommen, Arbeiterinnenvereine zu gründen. Immer wieder fanden sich mutige Frauen bereit, erneut Arbeiterinnenversammlungen zu arrangieren, um gegen die Verbote und Argumente des Obrigkeitsstaates bezüglich seines Kampfes gegen die Frauenrechte anzukämpfen. In den Versammlungen wurden die erbärmlichen Löhne, die lange Arbeitszeit und die oft brutale Behandlung der Arbeiterinnen Gegenstand lebhafter Diskussionen. Eine große Aktion wurde z. B. schon eingeleitet, als unter Bismarck in der Zollgegebung auch das von England eingeführte Nähgarn bezollt werden sollte. Die weiblichen Beschäftigten, insbesondere die Hausarbeiterinnen der Konfektions- und Wäschebranche, die das Nähgarn selbst kaufen mußten, wehrten sich mit aller Entschiedenheit gegen eine solche Verschlechterung. Oft haben die Arbeiterinnen gestreikt, um bessere Entlohnung zu erreichen und um gegen Unternehmerwillkür gekämpft zu werden. Aber den Frauen wurde fast immer und beachtender Weise dabei bedeutend mehr Widerstand entgegengebracht wie den streikenden Männern, zudem waren die Frauen im Kampf weniger widerstandsfähig, weil ihre Organisationen immer schwach waren. Es war deshalb auch nur verständlich, daß die Gewerkschaften die Kämpfe der Frauen zu den ihrigen machten und später — auf Beschluß des ersten Gewerkschaftskongresses 1890 — die Arbeiterinnen in ihren Reihen aufnahmen. Seitdem sind die Frauen gleichwertige Mitglieder; sie haben nur hin und wieder gesonderte Veranstaltungen, die der Eigenart der Frauen entsprechend und speziell um Schulung und Aufklärung mehr zu fördern, getroffen werden müssen.

Wir haben nun die Aufgabe, aus den Anfängen der Arbeiterinnenbewegung und aus dem jahrzehntelangen Kampf um die Frauenrechte zu lernen, aber auch die Aufgabe, unsere Forderung auf Gleichberechtigung der Frauen überall da zu betonen, wo es angebracht und wichtig ist. Zu diesem Zweck aber müssen wir uns mit den Problemen beschäftigen; Ursachen und Beseitigung der Frauenerwerbsarbeit richtig zu begreifen und die sich daraus ergebenden Kampfmaßnahmen treffen zu können. Letztere werden in den einzelnen Wirtschaftszweigen oft sehr verschieden und wiederum auch verschieden schwierig sein. Aber um den Preis der besseren Lebensgestaltung der Massen der Arbeiterinnen muß auch der solidarische Wille wie bei unseren Vorkämpferinnen, muß Mut und Kampfbereitschaft, besonders aber auch die Kraft zu Agitation für unsere Bewegung vorhanden sein.

Anna Jammert.

ausläßt. Auch macht Schenken mindestens ebensoviel Freude wie beschenkt zu werden.

Bringt auch der Mutter gelegentlich Blumen ins Haus. Denkt aber daran, daß man anfangs auch Vasen mitbringen muß, wenn es Schnittblumen sind, und Vasen noch nicht im Haushalt vorhanden sind, sonst machen Blumen nicht immer Freude. Es brauchen nicht immer Blumen vom Gärtner zu sein, auch ein Feldblumenstrauß ist schön, die Mutter freut sich über das Gedanken immer mehr als über die Blumen selbst.

Es ist dies nur ein kleiner Teil des Familienlebens, von dem hier Beispiele angeführt wurden. Wenn ihr euch bemüht, im Familienkreis nach den anfangs genannten Begriffen das Leben zu gestalten, so werdet ihr zwar nicht die wirtschaftliche Not beheben, aber ihr nehmt dem Leben manche Vitternis, macht es erträglicher, und ihr könnt frischer und mit größerer Zuversicht auf Erfolg für die Besserung des Wirtschaftslebens eintreten.

W. Wittendorf.

Mann und Frau in der gegenwärtigen Kulturkrise.

Der Eintritt der Frau ins Erwerbsleben sah zunächst durchaus nicht nach Befreiung aus! Der Kampf nach Freiheit wurde besonders erschwert. Dazu kam, daß sie sich unter den männlichen Berufscollegen keineswegs Zuneigung erwerben konnte, denn viele sahen in den Frauen vor allem eine Schmutzkonkurrenz, die für billigeres Geld dieselbe Arbeit verrichtete. Noch heute spielt ja dieses Argument eine Rolle, es gibt heute noch Leute, die sagen, daß die Arbeitslosigkeit nur durch die Frauarbeit und die Doppelverdienerei herbeigeführt worden sei. Die Gewerkschaften dagegen haben immer das Recht der Frau auf Arbeit anerkannt.

Tatsache ist es heute, daß die Frau sich in vielen Erwerbszweigen durchgesetzt hat und nicht mehr rauszufegen ist. Die befürchtete Herkörung des Familienlebens ist, wie schon Bebel vorausah, eingetreten. Man kann darüber weinen und klagen, aber es ist so. Wie sonst auch in der Geschichte gibt es hier kein Zurück, nur ein Vorwärts. Man kann nicht einen vergangenen Zustand wieder hervorzubringen, sondern muß auf Grund der neuen Verhältnisse neue Formen und Wege für das Zusammenleben der Geschlechter finden. Die Ansprachen über Sexualität, Familien, Kinder und Ehefragen haben erst in jüngster Zeit begonnen.

Drei Hauptfragen haben sich mit der Zeit herausgeschält: eines der wesentlichen Bindeglieder, durch die die Frau an Haus und Hof gebunden war, ist die Verkoppelung von Sexualität und Mütterlichkeit und damit im Zusammenhang die Achtung der außerhehlichen Mutterchaft einerseits und die Achtung des nicht der Fortpflanzung dienenden Geschlechtsverkehrs für die Frau auf der anderen Seite. Diese Schranken zwangen die Frau geradezu, eine Ehe einzugehen, wenn sie nicht an ihren natürlichen Trieben zugrunde gehen wollte. Der Mann dagegen hatte sich durch die „doppelte Moral“ ein Hintertürchen offen gelassen. Für die Frau galt es nun, sich von althergebrachten Ansichten freizumachen und sich eine neue Sexualmoral zu schaffen.

Dies konnte logischerweise nur geschehen durch Trennung von Sexualität und Fortpflanzungsaktion auch bei der Frau. Damit wurde auch die doppelte Moral überhaupt beseitigt und der Geschlechtsverkehr für die Frau freigegeben, so wie es bei dem Manne schon immer war. Zugegeben sein muß, daß gerade um diese neue Einstellung noch gerungen wird und daß die Frauen selbst noch zögern, diesen Schritt zu tun, was ja nicht zu verwundern ist, denn eine jahrhundertlange Beengung läßt sich nicht auf einmal beseitigen, der Sklave rückt sich noch lange Zeit auch in der Freiheit als Sklave. Ferner spielt die Frage Beruf und Mütterlichkeit eine Rolle. Die Mutterchaft als alleiniger Beruf der Frau ging im Frühkapitalismus verloren. Die Frau mußte des Erwerbes wegen einen Beruf ergreifen und ihn ausüben. Das ist wieder eine der unumstößlichen Tatsachen. In ihrer beruflichen Tätigkeit hat die Frau gerade ihre innere Möglichkeit auch zu anderen Gemeinschaften entdeckt, ihr Berufsgelübde und das Zugehörigkeitsgefühl zur Masse ist bei ihr ganz anders entwickelt worden als beim Manne; die Frau ist von Natur aus „gesellschaftlich“ verantwortlicher als der Mann.

Drittens hat sich die Mutterchaftsleistung ihrem Wesen nach verändert. Die Familie als Zweck und Ziel ging ja verloren und die verantwortliche Fortpflanzung wurde zur Menichheitsleistung. Aus diesem Grunde ändert sich auch die Stellung von Mann und Frau zum Kinde.

Wo steht nun der Mann? Zunächst fehlt ihm der Vorteil des Angriffs. Er muß gewissermaßen auf dem Rückzug kämpfen. Ohne Zweifel gibt er „Rechte“ auf, aber es ist wohl unter Sozialisten eine selbstgehende Meinung; es sind ungerichte Rechte. Deshalb helfen ja auch wir sozialistischen Männer den Frauen im Befreiungskampfe, wir sind die Kampfgenossen der Frauen gegen Märdertum, gegen Reaktion, gegen Unterdrückung, für die Freiheit der Frau in jeder Beziehung und für ihre Gleichberechtigung!

Außer uns gibt es aber noch einige andere Typen. Die einen stehen der gekennzeichneten Entwicklung vollkommen abnungslos gegenüber, die anderen wissen zwar, daß etwas „vor sich geht“, sie können es nicht verhindern und schimpfen nur so drauf los. Sie leben in der Emanzipation der Frau ein Folge sozialistischer Verblendung, die neue Sexualmoral ist für sie die größte Sittenlosigkeit. Der Trost dieser Leute ist es, daß es einmal wieder anders wird, vielleicht im „Dritten Reich“.

Außerdem gibt es aber noch Männer, die nicht nur den Frauen beiseite zur Seite stehen, sondern die auch männlicherseits an sich selbst arbeiten wollen. Denn man muß sich klar darüber sein, daß die neue Frau auch einen neuen Mann fordert. Gehen wir in uns, wir werden vieles finden, was sich nicht mit der sozialistischen Weltanschauung im allgemeinen und mit unserer Anschauung in bezug auf Ehe, Frau und Familie vertragen kann. Der Angekündigte zu neuer Lebens- und Gemeinschaftsgestaltung liegt in der Erkenntnis von der Gleichartigkeit von Mann und Frau, von der Gleichartigkeit des Erlebens sachlicher und sozialer Umwelt. Hier liegt die Quelle wirklichen gegenseitigen Verständens als Grundlage einer Gemeinschaft, die bei aller erdenklichen individuellen Verschiedenheit die neuen Menschheitskräfte weckt, die vielleicht dazu imstande sind, Mann und Frau aus der Kulturkrise der Gegenwart herauszuführen. Die Mutterchaft ist nicht mehr das Zentralerlebnis der Frau, mit dem Mann steht sie heute im sozialen Leben, sie schaffen gemeinsam menschenverbindende, zukunftsverbühende Werte. Diese gemeinsame Arbeit bewirkt eine wirtschaftlich stärker fühlbare Verantwortung für das gesunde Kind, sowohl des Mannes als der Frau. Im Leben des Mannes wird dann die Mutterchaft eine größere Rolle spielen als bisher. In diese Richtung zielt auch die geforderte Geburtenkontrolle. Alles läuft auf das Endziel hinaus: mehr Verantwortung der Gesellschaft gegenüber, der Nachwelt und der Menschheit überhaupt. Das Kind als Fortsetzung des eigenen Lebens der Eltern, als Mitglied der immerwährenden menschlichen Gesellschaft der Mittelpunkt der neuen Liebesgemeinschaft. W. Pitt, Berlin.

Macht der Mutter mehr Freude!

Ein neues Jahr hat begonnen, da werden von vielen gute Vorsätze gefaßt, vieles soll besser werden und manches unterbleiben, das bisher das Vorwärtkommen gebindert hat. Mancher junge Leser, der zu Ostern seine Lehrzeit beenden wird, macht täglich neue Pläne; was will er alles schaffen und bessern, wenn er nur erst Gehehlen verdient.

Die letzten Lehrjahre sind immer die Zeit, die man am schwersten empfindet. So vieles möchte man, und nur so wenig kann man erreichen. Bald fehlen die körperlichen Kräfte, bald das geistige Können, bald fehlt zu einer Festlichkeit der neue Anzug, weil man aus dem alten längst herausgewachsen ist. Die Enge der Wohnung — vielleicht hat man nicht einmal ein eigenes Bett — drückt auf das Gemüt; dann werden Geschwister und Eltern lieblos behandelt, über kleine Versehen wird geschimpft. Besonders geschieht dies, wenn mehrere Geschwister im Hause und die Verhältnisse recht beschränkt sind.

Die Not, die durch die heutige kapitalistische Wirtschaft bedingt ist, läßt sich nicht mit einem Schläge beseitigen, nur in langamer, stetiger Arbeit kann Besserung kommen. Ihr Jüngling seid die Träger der kommenden Zeit! An euch liegt es, wie sie sich gestalten wird. Daß ihr im wirtschaftlichen Kampf ein euren Mann stehen werdet, wird nicht bezweifelt, aber es gilt mehr. Es gilt ein ganzer Mensch zu werden!

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Solidarität, Klassenbewußtsein, dies alles sind Begriffe, von denen ihr täglich hört und lest, und die als Richtlinien für das ganze Leben gelten sollen. Bevor aber geprüft werden soll, wie diese Begriffe zum Familienleben stehen, soll kurz eine Erklärung dafür versucht werden.

Freiheit bedeutet frei sein vom lästigen Zwang, aber nicht Zügellosigkeit; Unterordnung unter Erfahrung, Mehrwissen und Besserwissen findet auch in der Freiheit statt.

Gleichheit besagt doch nur, daß jedermann vor dem Gesetz gleich sein und niemand am wirtschaftlichen oder geistigen Aufstiege gehindert werden soll. Gleiche Leistungen werden nicht verlangt, da von Natur die Menschen an Körper und Geist verschieden sind. Jeder soll mit seinen Gaben voll und ganz der Allgemeinheit dienen. Höhere Leistungen und größere Verantwortung werden auch höher entlohnt, so trägt z. B. ein Minister oder der Vorsitzende einer großen Gewerkschaft weit größere Verantwortung als der Wächter eines Betriebes oder der Kassierer einer örtlichen Verbandsstelle.

Brüderlichkeit heißt doch den Mitmenschen brüderlich lieben, zu seinen Gunsten an den Unmöglichkeiten des Lebens verzichten, die ich nur auf seine Kosten, zu seinem Nachteil haben könnte. Heißt es nicht auch sich selbst einfühlend, um die Gemütsregungen des Nächsten zu verstehen?

Solidarität heißt wörtlich Gesamtanerkennung; jeder soll sich für die Leistungen, Takte und Schuld jedes einzelnen mitverantwortlich fühlen.

Klassenbewußt nennt man solche Menschen, die ihren Stand im Volksganzen erkannt haben, weder kriechen, noch sich erheben fühlen, aber sich auch ganz ihres Wertes bewußt sind.

Jedenfalls wird mancher zugeben müssen, es ist oben auch schon angedeutet, daß oft im engen Familienkreis nicht so leicht und gehärdet wird, wie es sein müßte. Besonders der Mutter gegenüber wird gar zu leicht aus Nachlässigkeit nicht recht, manchmal sogar lieblos gehandelt. In der Regel wird der Mutter Arbeit nicht richtig, zuweilen überhaupt nicht ge-

würdigt. Der meistens nur für die allernotwendigsten Bedürfnisse ausreichende Lohn wird der Mutter in die Hand gegeben, alles und jedes soll davon bestritten werden. Wenigstens darf sie nur Ausgaben machen, damit für die ganze Woche Lebensmittel vorhanden sind; wenigstens muß sie die Summen zusammenrechnen, die für Kleidung nötig sind. Wie schwer ist es, gerecht abzuwägen, ob zuerst der Vater ein Gemd, der Junge eine Waise oder die Tochter ein Kleid braucht; die Mutter selbst geht meistens leer aus. Wie oft fühlt sich der Jugendliche zurückgesetzt, obwohl Mutterliebe alles gibt, was sie geben kann und nicht an sich denkt.

Kleine Familienkassen machen der Mutter meistens mehr Sorgen als Freuden; denn stets sind damit größere Ausgaben und eine Mehrleistung an Arbeit verbunden. Die wenig Verständnis findet gerade diese Mehrarbeit bei den heranwachsenden Kindern und leider auch manchmal beim Vater. Wie leicht ist es aber hier, der Mutter Erleichterung zu schaffen, wenn jeder ein klein wenig mithilft. Es macht wirklich für einen jungen Mann nichts aus, wenn er Lebensmittel einkauft, um der Mutter eine Arbeit abzunehmen.

Dem Mann und auch der berufstätigen Frau sind, im Verhältnis zur Vorkriegszeit, durch den Wochentag mancherlei Erleichterungen zuteil geworden. Auch die Jugend hat es besser, die Schulzeit ist in die Arbeitszeit verlegt worden, der Sonntag ist frei. Nur die im Haushalt tätige Mutter plagt sich noch genau so schwer wie vor zwanzig Jahren.

Sollen Mann und Frau gleichberechtigt sein, wie es die Reichsverfassung vorsieht, dann kann es auch keine Schande für den Mann sein, wenn er Arbeiten verrichtet, die bisher vorwiegend von Frauen gemacht wurden. Es genügt darum auch von geistiger Armut und Rückständigkeit, wenn ein Junge sich gegenseitig aufziehen, weil dieser oder jener seiner Mutter Arbeit abnahm. Arbeit, ganz gleich welcher Art, die getan wurde, um einer Mutter Freude zu machen, schändet nie, sie abelt das Gemüt.

Freude machen! Wer das kann, der hat im Leben gewonnen. Macht der Mutter Freude, daß ihr Gesicht fröhlich leuchtet und jugendlicher wirkt. Denkt auch daran, daß sie euch das Leben gab und euch stets mit sorgender Liebe umgeben hat. Dant der Mutter diese fürsorgende Liebe, die ihr so unendlich viel Zeit kostet, mit Freude machen.

Mancher wird fragen, wie das zu machen sei. Fürs erste schafft der Mutter Zeit, daß sie teilhaben kann am Leben außerhalb der Wohnung. Zum andern laßt sie an diesem Leben teilhaben. Vieles gehört dazu, aber auch manches ist ohne große Kosten erreichbar. Nicht immer muß die Mutter die erste sein, die aufsteht und die letzte die schlafen geht. Erwachsene Kinder können auch allein aufstehen und sich ihr Brot strecken, das sie mit zur Arbeit nehmen müssen. Auch bei der Instandhaltung der Kleider und bei der Wäsche kann der Mutter manche Arbeit erspart oder abgenommen werden. Der Wille zu helfen, ihr eine Freude zu machen, findet tausend Gelegenheiten. Haben wir so der Mutter durch Arbeitsabnahme etwas Freizeit geschaffen, dann nimmt sie auch Anteil an dem Leben und sich her.

Die Mutter braucht auch Kleidung; es macht ihr aber viel mehr Freude, wenn sie diese von den Kindern und dem Vater geschenkt bekommt, als wenn sie sich selber kaufen muß. An Mitteln wird in beiden Fällen gleich viel ausgegeben, aber die Anteilnahme der Kinder und des Mannes ist es, die die Freude

